

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden
Bezugsnummer: 25 241
Kurs für Nachdruckpreise: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1928 bei täglich zweimaliger Auflistung frei Haus 1.50 Mark.
Postversandpreis für Monat März 3 Mark ohne Postabrechnungserhöhung.
Sammelnummer 10 Pfennig.

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einzelpreise 20 mm breite Seite
25 Pf., für aufwärts 40 Pf., Komplizenanzeigen und Stellengesuch ohne Schrift
15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Reklameseite 200 Pf., außerhalb
250 Pf. Öffentliche Anzeigen 20 Pf. Rücktritts-Kaufpreis gegen Vorabzahlung.

Schriftleitung und Geschäftsführer:
Maximilianstraße 38/42
Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden
Postleitzahl-Dienst 1068 Dresden

Rechtsdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Rote.“) zulässig. — Unverlaubte Schriftführungen werden nicht aufbewahrt.

Das Urteil im Barmat-Prozeß.

Die Amnestievorlage in stürmischer Reichstags-Sitzung abgelehnt.

Strafen nur wegen Bestechung, im übrigen Freispruch.

(Eigener Druckbericht)

Berlin, 30. März. Der Barmat-Prozeß, der nun schon seit dem 11. Januar 1927 in fast 200 Sitzungen das Gericht beschäftigt hat, sonderte heute offiziellen Abschluß. Die Schlusssitzung wies alle Zeichen eines großen Tages auf. Sämtliche elf Angeklagten haben mit ihren Verteidigern im Saale Platz genommen. Auch eine Reihe von Sachverständigen, die im Laufe des Prozesses tätig waren, sind erschienen. Der Untersuchungsauftakt des Reichstages ist durch den Abg. Dauch (D. P.), der des Landtages durch den Abg. Kuitner (Soz.) vertreten. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Neumann eröffnete Punkt 9 Uhr die Sitzung mit dem Aufruf der Angeklagten. Nachdem die Angeklagten auf die Möglichkeit, nochmals das Wort zu nehmen, verzichtet hatten, verkündete der Vorsitzende

das Urteil:

1. Der Angeklagte Julius Barmat wird wegen aktiver Bestechung in zwei Fällen zu einer Gesamtstrafe von elf Monaten Gefängnis verurteilt, wovon 155 Tage durch Unterlachungshaft als verbüßt angerechnet werden. Im übrigen wird er freigesprochen.

2. Der Angeklagte Hellwig wird wegen fortgesetzter passiver Bestechung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, die durch die Unterlachungshaft verbüßt sind. Im übrigen wird er freigesprochen.

3. Der Angeklagte Henry Barmat wird wegen aktiver Bestechung in einem Falle zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, wovon 157 Tage durch Unterlachungshaft verbüßt sind. Im übrigen wird er freigesprochen.

4. Der Angeklagte Walther wird wegen Vergehens gegen § 108 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 zu einer Geldstrafe von 200 Pf. verurteilt, an deren Stelle im Falle der Uncijninalshaft 5 Tage Haft treten. Im übrigen wird er freigesprochen.

5. Der Angeklagte Stachel wird wegen eines Falles der fortgesetzten schweren passiven Bestechung und wegen eines Falles der einfachen passiven Bestechung zu einer Gesamtstrafe von drei Monaten und drei Tagen Gefängnis verurteilt. Im übrigen wird er freigesprochen. Dem Angeklagten Stachel wird die Fähigkeit zur Bestechung öffentlicher Amtier auf die Dauer von drei Jahren aberkannt.

6. Die Angeklagten Alensta, Lange-Hegermann, Alfred Stanb, Rabinowig, Hugo Staub und Hahne werden freigesprochen.

7. Folgende Geldbeträge und folgende Gegenstände oder deren Wert sind dem Staat verfallen:

1. Gegenüber dem Angeklagten Julius Barmat 41 847,50 Reichsmark.

2. Gegenüber dem Angeklagten Hellwig 100 Rentner Aktien der A. Roth-Milchengesellschaft in Altenburg, 400 Stück Aktien der A. Roth-Milchengesellschaft in Berlin, 500 Stück Aktien der Eisenbahn-Aktiengesellschaft.

8. Gegenüber dem Angeklagten Stachel ein Schrankfotter, ein Grammophon, einen Uhr, fünf Stück Bema-Aktien, zehn Stück Bemahnscheine der Schubert & Salzer A. G. und 700 Pf.

Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit Verurteilung erfolgt ist, den verurteilten Angeklagten, soweit Freisprechung erfolgt ist, der Staatskasse zur Last.

Zur Begründung des Urteils

führte der Vorsitzende aus: Wenn heute nach einzeljähriger Verhandlung das Urteil verkündet wird, so ist sich das Gericht der ungeheueren Schwierigkeiten, die in diesem Prozeß der Wahrheitsfindung entgegenstanden, wohl bewußt und macht sich daher nicht anhören, in allen Punkten die absolute Wahrheit gefunden zu haben. Dabei hat nicht die Fülle des Prozeßstoffes die Hauptschwierigkeit, sondern die Aufgabe, sich in die Zeit der Tat, also ins Jahr 1924, zurückzusehen. Es war eine Zeit, in der die durch Krieg und Revolution verursachten Begriffs- und Gefühlswirrungen noch fortwirkten, in der nach Überwindung der chaotischen Zustände der Inflation mit der Einführung der stabilen Währung zwar stabile Begriffe da waren, aber die einzelnen noch zum großen Teil die Fähigkeit entbehren, in stabilen Werten zu rechnen. Dieser Erkenntnis durfte sich das Gericht bei Feststellung des subjektiven Tatbestandes nicht verschließen.

Daneben hat die Schaffung einer sicheren Beweisgrundlage Schwierigkeiten. Ein Teil der Zeugen versagte ganz, bei einem anderen Teil war zu prüfen, ob nicht etwa unter Trübung des wahren Bildes die Erinnerung aus früheren Aussagen weiterlebt, die unter ganz anderen Gesichtspunkten gemacht waren, und eine dritte Gruppe gab zu vorstelliger Beurteilung Anlaß, weil sie durch starke materielle Interessen mit dem Gegenstand ihrer Vernehmung verbunden war. Allerdings lagen viele Hunderte von Urkunden, also objektive Beweismittel, dem Gericht vor. Bei ihnen ergab sich aber die Schwierigkeit der Herstellung der Verfaßter. Die Würdigung dieser Schwierigkeit ergab, daß bei einem großen Komplex der Anklage die Möglichkeit einer zweifelsfreien Feststellung der Tatsachen nicht mehr gegeben war.

Hat in allen Fällen sind bedenkliche Geschäftsvorfälle anzutragen getreten, die vielleicht Symptome einer verdeckten Ausschaltung waren, jedenfalls mit den heutigen Grundlagen von Frei und Glauben nicht vereinbar sind. Aber Frei und Glaube erfüllen allein noch nicht den Tatbestand des Verbrechens. Auch sonstiges unlauteres Geschäftsvorhaben entzieht sich häufig der Möglichkeit strafrechtlicher Ahndung. Das Gericht kann heute nur die wesentlichen in das Urteil tragenden Gründe angeben. Der schriftlichen Begründung muß es vorbehalten bleiben, den Tatbestand in seinem ganzen Umfang wiederzugeben und die Rechtsgrundlage darzutun. Der vorliegende geht dann auf die einzelnen Kapitel der Anklage ein.

Keine sofortige Verhaftung der Brüder Barmat.

Berlin, 30. März. Bei der Verkündung des Urteils im Barmat-Prozeß gab der Vorsitzende bekannt, daß der Antrag der Staatsanwaltschaft, den Haftbefehl gegen Julius und Henry Barmat zu vollstreken, vom Gericht zurückgewiesen wurde. (W. T. B.)

Die Eisenbahn als Reparationsträger.

Von Geh. Regierungsrat Dr. A. G. Quaas, M. d. R.

Die Eisenbahn ist der wichtigste Reparationsträger. Sie bringt fast 40 Prozent der deutschen Tribute auf. Sie ist daher am Dawes-Plan an erster Stelle interessiert. Der Dawes-Plan ist der Versuch einer Ausführung des Versailler Vertrages. Er bezeichnet sich selbst als Provisorium, als Übergang zu einer Endlösung. Mit Recht steht der Reparationsagent Parker Gilbert eine Endlösung nur für möglich an, wenn die Gesamtsumme fest begrenzt ist und in voller Freiheit bezahlt wird.

Welche Summe kann Deutschland übernehmen? Der Dawes-Plan balliert auf der Annahme, daß die deutsche Wirtschaft Überlasten abwerfen werde. Die Wirtschaft ist anders gelauft. Deutschlands Handels- und Zahlungsbilanz ist um mehrere Milliarden passiv. Der Wehrbeitrag deckt sich ungefähr mit der Wehrförderung an Lebensmitteln. Mit anderen Worten: Wir führen für 3% bis 5 Milliarden Getreide, Fleisch, Obst, Gemüse, Wein usw. ein und bleiben den Beitrag dafür schuldig. Heute fehlt es also überhaupt an Lebenschüssen der deutschen Wirtschaft, aus denen die für die Tribute notwendigen Devisen gestaut werden könnten. Denn Frankreich kann seine Mark gebrauchen, es will Franken, England Pfunde usw. als Tribut. Ferner müssen wir die Binsen für unsere Auslandschulden natürlich in Deutschland nicht in Mark zahlen. Devisen erhält man für Warenlieferungen oder andere Leistungen. Was wir darin leisten können, weiß, wie eben gesagt, nicht einmal zur Bezahlung der Einfuhr. Heute ist Deutschland also nicht leistungsfähig.

Kann Deutschland leistungsfähig gemacht werden? Das ist möglich! Auf welchem Wege? Kann Deutschland durch Wehrausfuhr seine Zahlungsbilanz ausgleichen und aus dem Ausfuhrgewinn außerdem noch die Devizes für die Tribute erzielen? Das würde ein außerordentliches Vorbringen Deutschlands auf dem Weltmarkt voraussetzen. Einem solchen Vorbringen aber würde der Widerstand der anderen Industriekräfte entgegenstehen. Hat alle Industriekräfte leiden darunter, daß sie das Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft nicht herstellen können. Dabei der Kampf um den Absatz. Zudem ist die Bedeutung Europas im Welthandel stark zurückgegangen. Sie beträgt rund 88 Prozent der Friedenssumme. Deutschland ist besonders zurückgegangen. Seine Ausfuhr beträgt etwa 70 Prozent der Friedensaushaft. Auf dem Wege der Steigerung des Exportes wird Deutschland also nicht die Mittel für Tribut aufbringen, wenn es nicht innerlich erfordert.

Deutschland muß sich auf dem inneren Markt erholen. Ohne Stärkung des inneren Marktes ist auch ein Aufschwung der Ausfuhr auf die Dauer undenbar. Die Schwierigkeit liegt darin, daß die Agrarbasis, die schon vor dem Kriege kaum hinreichte, durch den Versailler Frieden im Osten stark verkümmert worden ist. Im Nordosten und Osten aber liegen die Lebenschüsseln Deutschlands. Am schlimmsten wirkt der Verlust von Westpreußen, weil hier durch gleichzeitig Ostpreußen vom deutschen Wirtschaftskörper abgeschnitten worden ist.

Soll Deutschland so leistungsfähig gemacht werden, daß es auf jeden Währungsschutz (Transfer) verzichten kann, so ist die Voraussetzung die Wiederherstellung seiner Agrarbasis. Wir müssen wieder dahin kommen, daß wir den Hauptteil unserer Nahrung im Inlande erzeugen. Mit verkümmelter Agrarbasis ist Deutschland nicht in der Lage, ein großes und in seiner Wirkung nicht ohne weiteres überbares Risiko zu übernehmen. Die Übernahme einer festen Tributsumme auf eigenes Risiko und durch freiwilligen Vertragsabschluß bedeutet für Deutschland ein hohes Spiel. Man darf nicht vergessen, daß es heute Mark schuldet. Die Umwandlung von Mark in Devisen darf nur insoweit erfolgen, als dadurch unsere Währung nicht erschüttert wird (Transferschutz). Nach dem Vorschlag des Reparationsagenten würde es in Dollar, Pfund, Franken usw. zu zahlen haben, d. h. er befehlt den Transferschutz. Das Risiko für die Währung ist also ungleich schwerer. Deutschland setzt damit nicht nur Vermögen und Volkskraft, sondern auch seine politische Ehre und seinen kommerziellen Kredit ein. Was es auf diesem Wege übernimmt, muß unter allen Umständen geleistet werden, gleichgültig, wie sich die wirtschaftliche Lage gestaltet. Es ist klar, daß die Tributsumme bei solcher Risikoübernahme durch das Deutsche Reich nur einen Bruchteil der 2500 Millionen, die nach dem Dawes-Plan zu zahlen sind, betragen könnte. Ebenso klar ist, daß Deutschland und die deutsche Volkswirtschaft von allen Kontrollen und Zwangsmaßnahmen, wie sie auch heißen mögen, zu befreien wäre.

Für die Eisenbahn würde der Vorteil bestehen, daß sie in ihrer Finanzwirtschaft wieder voller Bewegungsfreiheit erhalten würde. Welche Bedeutung das haben würde, sei durch einige Zahlen erläutert. Wir können für das Eisenbahnjahr 1928 mit einer Gesamteinnahme von etwa 5000 Millionen Mark rechnen. Legt man die Erfahrungen des Friedens zugrunde, so erfordert die Vorförde für die Entwicklung des Unternehmens, daß man für Bauten und Beschaffungen jährlich etwa 20 Prozent dieser Summe an Kapital neu hinzinstellt. Das wären jährlich 1000 Millionen. Berücksichtigt man die heutigen ungünstigen Verhältnisse, so könnte man allenfalls etwa 5 bis 600 Millionen Mark noch als ausreichend bezeichnen. Tatsächlich aber wird der Eisenbahn wahrscheinlich nicht viel mehr als die Hälfte der Summe =

Wahlkampfstimming im Reichstag.

Die Ablehnung der Amnestievorlage.

Berlin, 30. März. Im Reichstage wurde heute die Amnestievorlage in der Gesamtstimmung mit 226:140 abgelehnt. Stimmen bei 9 Enthaltungen endgültig abgelehnt.

Der Reichstag hat schließlich die Entschließungen angenommen, die die Reichsregierung erlitten, der geplanten Erhöhung der Eisenbahntarife die Zustimmung zu verweigern, und in der Schlusshälfte den Etat für 1928 genehmigt.

Das Haus wird „persönlich“.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Die blutigen Köpfe von gestern abend sind nicht so leicht zu vergessen. Im Reichstag zittert heute die Ereignung nach und jeden Augenblick muß man neue Ausbrüche der bis aufs äußerste aufgewühlten Feindschaften befürchten. Der Regie durch den Reichstagspräsidenten Löb gelingt es jedoch immer wieder, behutsam eingewirken. So entlädt sich der Zorn des Parlaments lediglich in einer wahren Flut von persönlichen“ Bemerkungen, — die zum Teil indessen in persönliche Beschimpfungen ausarten und Ordnungsruhe nach sich ziehen. Die sachlichen Beratungen geraten immer mehr in den Hintergrund. Der Wahlkampf tönt sich aus in unerfreulichstem Sinne und Her.

Bei der Amnestiefrage spielt sich abermals die Diskussion märschierhaft zu. Landsberg von den Sozialdemokraten revanchiert sich mit spitzen Bemerkungen für die Faustschläger, die seine gestrige Rebe auf die Häupter seiner Parteigenossen von kommunistischer Seite herabgeschworen. Der Demokrat Dehs geht gegen den Justizminister Dergat los, der ihm und Koch-Weser keine Antwort schuldig bleibt.

Verlängerung der Session des Bayerischen Landtages.

München, 30. März. Der Landtag hat heute den von den bürgerlichen Parteien eingebrachten Initiativgesetzentwurf wegen Verlängerung der Dauer des Landtags bis 20. Mai in namentlicher Abstimmung mit 92 gegen 5 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen nur die Kommunisten.

Weitere Verschiebung des Abstages der „Bremen“.

New York, 30. März. Die letzten Meldungen aus Dublin kündigen eine weitere Verschiebung des Abstages der „Bremen“ um mehrere Tage an. Der geplante Auszug findet hier Anlaß zu zahlreichen Weiten, bei denen im allgemeinen mit 1:4 für den Erfolg des Unternehmens gelegt wird.

eine 300 Millionen Mark zur Verfügung stehen und auch das nur, weil das Reich wieder einspringt!

Wie kommt es, daß ein so gewaltiges und gesundes Unternehmen dermaßen trocken gelegt worden ist? Der Grund liegt in einem Konstruktionsfehler des Dawes-Plans. Der Dawes-Plan hat das Werk überzähmt. Man hat, um die Eisenbahntribute zu sichern, die Sicherheiten dermaßen gehäuft, daß man den Triebwagengesellschaften, die Eisenbahn, selbst gelöscht hat. Am schlimmsten in der Wirkung sind die sogenannten Eisenbahnobligationen von 11 Milliarden Mark. Man wird einwenden, sie seien in Wirklichkeit ja gar nicht ausgedehnt. Nichtig! Solange aber die Ausgabe droht, ist der Status der Eisenbahn überlastet, ohne daß der Reparationsagent davon einen Vor teil hat. So lange ist auch eine verständige Finanzwirtschaft bei der Eisenbahn unmöglich, weil sie ihre legitimen und normalen Kapitalbedürfnisse nicht auf dem Anleihemarkt befriedigen kann und darauf angewiesen ist, dem schon überlasteten Deutschen Reich und dem aus äußerster Bedrückung deutschen Steuerzahler auf der Tasche zu liegen. Dies ist auch der Grund, weshalb der deutschen Wirtschaft wieder einmal das Gesprenge der Tarif erhöhung droht und das gerade wieder in einer Zeit sinkender Konjunktur und völligen Tonideriegels der Landwirtschaft.

Es nun eine vernünftige und gerechte Endlösung des Tributproblems so bald zu erwarten, daß man die jeweilige Notlage der Eisenbahn als eine vorübergehende Erscheinung betrachten kann? Es wäre wohl vermessen, das zu behaupten.

Dr. Koch gegen die Tarifpläne der Reichsbahn.

Stürmische Amnestiedebatte im Reichstag.

Bedenkerlicher Zusammenspiel innerhalb der bürgerlichen Front.

Berlin, 30. März. Präsident Obé bittet bei Eintritt in die heutige Reichstagsverhandlung, sich darauf einzurichten, daß die Stellungnahme des Reichsrates zum Etat und andere Gründe noch am Sonnabend eine Reichstagssitzung notwendig machen.

Die Einsprüche der nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Erich, Aube, Graf Neuenkampf und Straßer gegen Ordnungsdruck vom Dienstag werden aufgerufen. Die Beschwerden kommunistischer Abgeordneter über die bayrische und württembergische Polizei werden durch die Erklärung der bayrischen Regierung im Ausschluß für erledigt erklärt.

Dort soeben erk vorgelegten deutsch-griechischen Handelsvertrag erläutert Dr. Wallraff (D.-R.) zur Beratung dem Auswärtigen und Handelspolitischen Ausschuß zu überweisen. Ministerialdirektor Dr. Ritter bittet, den Vertrag sofort anzunehmen, da sonst das ganze Werk infolge der Auflösung des Reichstages gefährdet sei. Die Ausschusseratung wird gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen, Bölkischen, Nationalsozialisten und einzelner Zentrumsabgeordneter abgelehnt, der Vertrag in erster und zweiter Lesung ohne weitere Debatte angenommen.

Die dritte Lesung kann nicht stattfinden, da die Deutschen Nationalen Widerfuhr erheben. Das Gesetz gegen den Waffenhandel wird ohne weitere Aussprache in allen drei Lesungen verabschiedet. Darauf wird die

3. Beratung des Rentenbankgesetzes

fortgesetzt. Dazu beantragen Abga. des Bayrischen Bauernbundes, der Bölkischen usw. Erlass der häufigen Rentenabgängen. — Staatssekretär Dr. Pöhl erklärt, darauf könne die Regierung unter gar keinen Umständen eingehen. Der Antrag wird abgelehnt, das Gesetz selbst unverändert verabschiedet. Dazu wird auch ein Kompromißantrag angenommen, der dieses Gesetz am 1. April 1928 in Kraft treten läßt. Gleichzeitig treten auch die bereits beschlossenen Erhöhungen der Invalidenrenten, die Rölländerungen und die Herabsetzung des Gefrierleistungskontingents in Kraft. Durch die Annahme dieses Antrages ist das ursprünglich beabsichtigte Mantelgesetz zum Kompromiß überflüssig gemacht.

Hierauf wird die

3. Beratung des Etats für 1928

fortgesetzt. Beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums wird ein Antrag angenommen, der neben den für die Leipziger Messe bewilligten Mitteln von 800 000 M. je 100 000 M. für die bestehenden Messen Königsberg in Preußen, Breslau, Köln und Frankfurt a. M. anfordert. Beim Reichswehrat wird eine Entschließung angenommen, die verlangt, daß die sogenannten kleinen Garnisonen nur da aufzuhoben werden, wo militärdienstliche Interessen dies unabsehbar machen.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes wird durch Annahme eines deutchnationalen Antrags bei der Reichsregierung in München der in zweiter Beratung beschlossene Zusatz „künftig fortfallen“ gestrichen. Beim Haushalt des Innern werden die Hilfsmittel für die von Unwetterkatastrophen betroffenen Gebiete und für die bedrohten Grenzgebiete um 5% erhöht. Am übrigen werden diese Etats ohne Aussprache nach den Beschlüssen der zweiten Lesung bewilligt. Beim Justizrat wird die gestern begonnene Amnestiedebatte fortgesetzt.

Abg. Landsberg (Soz.) verliest unter großer Heiterkeit des Daniels die von der „Roten Fahne“ gegebene Schilderung der gestrigen Tumulten und läßt dann fort: Die Sozialdemokratie habe immer gefordert, daß unter die Urteile von 1921 bis 1923 ein Strich gemacht und daß auch Max Höhle amnestiert werde. Eine Annahme müsse aber gemacht werden mit jenen Demokraten, denen im Gerichtsgericht befehligt wurde, daß ihre Taten nicht politischen Motiven, sondern unmenschlicher roher Gewalt entstammen. Auf kommunistische Plakate nach dieser Stelle antworten die Sozialdemokraten mit Verfallsplakaten. Die Plakate der Kommunisten und Selbstkundgebungen der Sozialdemokraten dauern minutenlang an.

Abg. Dr. Henk (Dem.) verlangt größeren Schutz der Autorität des Staates. Es gehe nicht an, daß eine Einheitsfront von Herz bis Hölle die Staatsautorität dadurch untergräßt, daß sie durch Amnestie gewissen Organisationen geradezu eine Lizenz auf Mord und Totschlag gibt. — Reichsjustizminister Hergt verzweifelt darüber, daß er schon im Ausschluß betont habe, hier handle es sich um einen Initiativantrag, bei dem die Regierung fürsichtshalber wahren müsse. Im übrigen habe er die alten Bedenken der Regierung gegen wiederholte Amnestien ansprochen.

Abg. v. Frentzsch-Loringhoven (D.-R.) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Dr. Aahl. Er betont, er habe keinesfalls die Vorwürfe erhoben, die Abg. Dr. Aahl aus seinem Artikel heraufgezogen habe. Der Abg. Dr. Aahl, so fährt der Redner fort, hat mich beleidigt, und der Börsenpräsident hat ihn nicht zur Ordnung gerufen. Auf meine Frage, warum er das nicht getan hätte, antwortete er nur: „Ich kann doch dem alten Mann keinen Ordnungsruf erteilen.“ (Hört, hört! rechts!) Ich verzichte darauf, Herrn Dr. Aahl in derselben Weise zu antworten. Ich überlasse es ihm, wieweit er die Schonung missbraucht, die man ihm hier angeboten ließ. (Vorhalter Weiß) Bei den Deutschen Nationalen, Stürmischen Plakate und Entstörungsfundgebungen bei der Deutschen Volkspartei. Abg. Schmidt-Hirschberg (Bpt.) ruft dem Abg. v. Frentzsch-Loringhoven an: „Unverhältnisiger Kerl!“

Präsident Obé erläutert dem Abg. Frentzsch-Loringhoven und dem Abg. Schmidt-Hirschberg Ordnungsdruck. Börsenpräsident Esser, so stellt der Präsident weiter fest, habe dem Abg. Frentzsch-Loringhoven seine Auskunft nicht gegeben, um eine Geringfügigkeit gegenüber Dr. Aahl zum Ausdruck zu bringen, sondern um seine Hochschnäuse andeutenden. (Weiß bei der Mehrheit.) — Abg. Dr. Reich-Weller (Dem.) erklärt, die Vor-

Man wird also verhindert, daß man mit einem weiteren Provisorium zu rechnen habe. Kann dies nun Verbesserungen bringen? Das muß ein bestimmtes Ja sein. Der erste Schritt könnte und müßte auch in einem Provisorium die Befreiung der Reichsbahn sein. Die Reichsbahn ist Reichsvermögen. Welchen Sinn hat es, diesen Teil des Reichsvermögens besonders zu belasten? Auch ohne besondere Festein halte das gesamte Reichsvermögen für die Tribut. Dadurch, daß man der Reichsbahn den Weg zum Anleihemarkt verschließt, schwächt man ihre Leistungsfähigkeit, ohne dafür irgend etwas zu gewinnen. Es ist eine völlig nutzlose Behandlung. Der Dawes-Plan gab dem Eisenbahnpferd enorme Kosten zu ziehen und schwächte ihm gleichzeitig Augen an die Füße. Wäre es nicht für alle besser, wenn wir Geld im Inlande oder Auslande aufnehmen könnten, um unsere Eisenbahn auf der Höhe zu halten, als Anleihen für unsere unglücklich gestiegenen Kommunalabgaben, für Verwaltungsgebäude, Ausstellungen usw. zu machen? Die Eisenbahnanleihen müßten also selbstverständlich die Priorität in dem Sinne haben, daß ihnen gegenüber die Wünsche der Kommunen und Länder nach Anleihen zurücktreten hätten. Nichtproduktive Anleihen sind eine Verküpfung an der kommenden Generation.

Hoffentlich zeigt der Reparationsagent und zeigen die gegnerischen Mächte ein Einsehen. Man macht so viele Worte über „Verständigung“. Hier wäre eine Tat leicht, wenn der Wille da ist.

Abg. Dr. Hoss (R.-R.) lehnt eine Tarif erhöhung ab, solange nicht die Finanzen der Reichsbahn geordnet sind. Dann würden Tarif erhöhungen nicht mehr nötig sein. — Abg. Rauch-Münch (B. Bp.) bittet den Minister dringend, besonders im Interesse Süddeutschlands, eine Tarif erhöhung abzuwehren. — Abg. Dietrich-Braun (Nat.-Soz.) bedauert, daß niemand den Mut habe, zu erklären, daß die Dawes-Leser allein an allem Schuld seien.

(Bei Schluß des Blattes dauerte die Verhandlung fort.)

Kennzeichnend für die feindselige Stimmung zwischen Kommunisten und Sozialisten ist die Tatsache, daß, wie die Tagblatt (Röth.) zu berichten weiß, nach der letzten Rauherie im Reichstag ein verlegter kommunistischer Abgeordneter die ärztliche Hilfe des sozialdemokratischen Arztes Moles ablehnte und die ärztliche Hilfe eines deutschnationalen Kollegen in Anspruch nahm.

Breuhen gegen die Tarifpläne der Reichsbahn

(Drahmeldeung unter Berliner Schriftleitung)

Berlin, 30. März. Im Rahmen einer Pressebesprechung nahm der preußische Handelsminister Dr. Schreiber an. Tarif erhöhung obliegt der Reichsbahn, der ihm infolge der Nichtvertretung Preußens im Reichsbahnverwaltungsrat erst durch die Presse bekannt wurde. Stellung: Dieser Beischluß bedeutet auch für die preußische Regierung eine völlige Überraschung, und zwar um so mehr, als sich in den Vorverhandlungen Preußen stets gegen eine Tarif erhöhung ausgesprochen hatte. Die Einnahmeentwicklung im vergangenen und laufenden Geschäftsjahr gibt nach Ansicht Dr. Schreibers ohne weiteres die Möglichkeit, die aus den letzten Vorauslagen entstandene Mehrbelastung von 55 bis 60 Millionen Reichsmark zu decken. Die Erhöhung müßte als Vorratspolitik angesehen werden, eine Maßnahme, die jedoch in Abetracht der übertragenden Bedeutung der Reichsbahn für die gesamte Wirtschaft nicht gebilligt werden könnte. Dr. Schreiber machte den Vorschlag, die Neuansagen aus Anleihemitteln zu decken, anstatt bisher aus laufenden Einnahmen.

Nörmszenen im Thüringischen Landtag.

Die Besoldungsordnung noch nicht verabschiedet.

Weimar, 30. März. Im Verlaufe der Nachmittagssitzung vom Donnerstag gab Finanzminister Toebe eine Aufstellung über die finanziellen Auswirkungen der durch den Antrag der deutsch-nationalen Fraktion auf Eingruppierung der in Güte- und Wartestand lebenden Beamten in die Besoldungsordnung erforderlichen Mehrausgaben. Danach erhöht sich der ursprünglich berechnete Mehraufwand um etwa 1,8 Millionen Mark, das sind 10 Prozent der gesamten Mehrauswendungen. Die Regierungsparteien stellten dann den Antrag, Dr. Schreibers ohne weiteres die Möglichkeit, die aus den letzten Vorauslagen entstandene Mehrbelastung von 55 bis 60 Millionen Reichsmark zu decken. Die Erhöhung müßte als Vorratspolitik angesehen werden, eine Maßnahme, die jedoch in Abetracht der übertragenden Bedeutung der Reichsbahn für die gesamte Wirtschaft nicht gebilligt werden könnte. Dr. Schreiber machte den Vorschlag, die Neuansagen aus Anleihemitteln zu decken, anstatt bisher aus laufenden Einnahmen.

Nörmszenen im Thüringischen Landtag.

Die Besoldungsordnung noch nicht verabschiedet.

Weimar, 30. März. Im Verlaufe der Nachmittagssitzung vom Donnerstag gab Finanzminister Toebe eine Aufstellung über die finanziellen Auswirkungen der durch den Antrag der deutsch-nationalen Fraktion auf Eingruppierung der in Güte- und Wartestand lebenden Beamten in die Besoldungsordnung erforderlichen Mehrausgaben. Danach erhöht sich der ursprünglich berechnete Mehraufwand um etwa 1,8 Millionen Mark, das sind 10 Prozent der gesamten Mehrauswendungen. Die Regierungsparteien stellten dann den Antrag, Dr. Schreibers ohne weiteres die Möglichkeit, die aus den letzten Vorauslagen entstandene Mehrbelastung von 55 bis 60 Millionen Reichsmark zu decken. Die Erhöhung müßte als Vorratspolitik angesehen werden, eine Maßnahme, die jedoch in Abetracht der übertragenden Bedeutung der Reichsbahn für die gesamte Wirtschaft nicht gebilligt werden könnte. Dr. Schreiber machte den Vorschlag, die Neuansagen aus Anleihemitteln zu decken, anstatt bisher aus laufenden Einnahmen.

Die polnische Delegation in Königsberg.

Königsberg, 30. März. Die unter Führung des Ministers des Außenfern. Saledski, stehende polnische Delegation ist heute vormittag hier eingetroffen. Die Herren wurden am Bahnhof vom Börsenpräsidenten Dr. Herdt empfangen. Werner waren der kurz vorher aus Berlin eingetroffene v. Olszewski und die Herren des hiesigen politischen Generalkonsulats erschienen.

Vor einer Abreise aus Warschau erklärte Saledski einem Vertreter der „Epoka“, daß sich die Königsberger Verhandlungen hauptsächlich auf die Aufnahme des Post- und Telegraphenverkehrs, Herstellung der Eisenbahnverbindungen, Regelung des Grenzverkehrs und die Schiffahrt auf dem Niemen beziehen würden. Die polnische Delegation soll bei den litauischen Befreiungen alle die Punkte berücksichtigen, die sich auf die Herstellung normaler Beziehungen beider Staaten beziehen. Die gegenwärtigen Verhandlungen werden ohne Teilnahme eines Völkerbundvertreters geführt werden.

Die polnische Presse widmet den Verhandlungen großes Interesse und bringt heute bereits lange einleitende Berichte und Beschreibungen der Sonderkorrespondenten aus Königsberg. Die offizielle „Epoka“ bemerkt in einem Leitartikel, man könne nicht den Glauben verlieren, daß die neuen Anstrengungen in Königsberg einen Schritt zur Befestigung des unbegründeten Mützensens darstellen würden.

Die Verbindung mit den Donez-Ingenieuren hergestellt.

Reiseerlaubnis für den deutschen Konsul in Charkow.

Moskau, 30. März. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet: Börschtein zieht den deutschen Börschtein (Saledski) am Bahnhof vom Börsenpräsidenten Dr. Herdt empfangen. Werner waren der kurz vorher aus Berlin eingetroffene v. Olszewski und die Herren des hiesigen politischen Generalkonsulats erschienen.

Vor einer Abreise aus Warschau erklärte Saledski den Börschtein, daß sich die Königsberger Verhandlungen hauptsächlich auf die Aufnahme des Post- und Telegraphenverkehrs, Herstellung der Eisenbahnverbindungen, Regelung des Grenzverkehrs und die Schiffahrt auf dem Niemen beziehen würden. Die polnische Delegation soll bei den litauischen Befreiungen alle die Punkte berücksichtigen, die sich auf die Herstellung normaler Beziehungen beider Staaten beziehen. Die gegenwärtigen Verhandlungen werden ohne Teilnahme eines Völkerbundvertreters geführt werden.

Die polnische Presse widmet den Verhandlungen großes Interesse und bringt heute bereits lange einleitende Berichte und Beschreibungen der Sonderkorrespondenten aus Königsberg. Die offizielle „Epoka“ bemerkt in einem Leitartikel, man könne nicht den Glauben verlieren, daß die neuen Anstrengungen in Königsberg einen Schritt zur Befestigung des unbegründeten Mützensens darstellen würden.

Soldaten gegen streikende Inden.

London, 30. März. Nach Berichten aus Kalkutta ist es gestern zwischen Truppen und streikenden Eisenbahnern zu einem Zusammenstoß gekommen, wobei drei Personen getötet wurden. Die Streikenden, etwa 5000 Mann stark, waren nach dem Verwaltungsgebäude der ostindischen Eisenbahn marschiert, wo ihre Forderungen abgelehnt wurden. Am Anschluß daran wurde eine öffentliche Versammlung abgehalten, wobei es zu den Zusammenstößen kam.

Das englische Frauenstimrechtsgesetz. Das Unterhaus hat die Vorlage betreffend das Frauenstimrecht am Donnerstag in zweiter Lesung mit 337 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der Lügengeiß von Paris.

Ungläubliche Vorwürfe Seydoux' gegen Deutschland.

Paris, 30. März. Unter der Überschrift „Die Doppelhaltung des Reiches im Völkerbund“ kommt im „Petit Paris“ Seydoux auf die Haltung zu sprechen, die der deutsche Vertreter, v. Simon, im Sicherheitsausschuß und Graf Bernstorff in der Abrüstungskommission eingingen. Im Sicherheitsausschuß habe der deutsche Vertreter, indem er sich gegen die Abdrehnung von Pakten nach dem Muster von Comacchio wehrte, nichtsdestotrotz aktiv an den Arbeiten des Komitees teilgenommen. Am Widerprüfpruch hierzu habe die Haltung des Grafen Bernstorff in der Vorbereitung der Abrüstungskommission Deutschland nicht natürlichweise seine präzisielle Haltung wahrgenommen. Der deutsche Vertreter habe jedoch Comacchio die Hand gereicht, und beide seien von Anfang bis Ende der Tagung zusammenmarschiert.

Nach dem Besuch von Socors, den v. Simon vertrat, habe man den Geist von Napoleone gezeigt, den Graf Bernstorff vertrat. Deutschland sei es, das durch seine Haltung die Abdrehnung verhinderte.

Der Völkerbund sei gewungen, auf der Hut zu sein, bis Deutschland sich über seine Beziehungen zur Sowjetregierung aufgeklärt habe. Solange ein Vertreter Deutschlands in Paris die Sprache des Grafen Bernstorff führen könne, müsse Frankreich alle Verfeindungsmittel, über die es verfügen könne, in der Hand behalten.

Aussprache über die geplante Tarif erhöhung bei der Reichsbahn.

Abg. Dr. Hildebrand (Soz.) protestiert dagegen, daß die ganze Leistungsfähigkeit von dieser Ankündigung überrascht worden sei, auch die Mitglieder des Reichstags, die dem parlamentarischen Rat der Reichsbahn angehören. Abg. Gelske (R.) protestiert gleichfalls gegen die geplante Tarif erhöhung.

Abg. Möllath (Wirtschaft) legt eine Gischtrede vor, die die die die geplante Tarif erhöhung der Eisenbahntarife die Zustimmung zu verlangen.

— Abg. Dietrich-Baden (Dem.) betont, die Reichsbahn dürfe keine Politik treiben, die die allgemeine Lebenshaltung verteuert.

Das gleiche tut auch Abg. Erking (B.).

Reichsverkehrsminister Dr. Koch.

weist darauf hin, daß die Finanzlage der Reichsbahn schon im vorigen Jahr sehr geprägt war. Schon einige Monate vor der Besoldungsverhöhung habe die Reichsbahn ihm gegenüber durchblicken lassen, daß eine Tarif erhöhung notwendig werden würde. Die Reichsbahn habe sich bereits erklärt, 160 Millionen für die Besoldungsverhöhung aufzubringen. Außerdem habe die Reichsbahn einen Mehrbedarf von 80 Millionen Mark.

Als steht nicht an, so erklärt der Minister, den Beschluss des Verwaltungsrats zu bedauern. Der Verwaltungsrat hat schriftlich die Stellungnahme der Reichsregierung mitgeteilt bekommen, die hier im Reichstag abgegeben worden ist.

Die Finanzlage der Reichsbahn ist nicht schlechter, sondern besser geworden. Die Monate Januar und Februar brachten bereits eine Mehrerlöse von 80 Millionen.

Die Reichsregierung ist nicht in der Lage, eine Tarif erhöhung bei der gegenwärtigen Finanzlage zu gestatten.

Der Minister wandte sich dann gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Abg. Heinig, bei der Vohmann debatte, wobei dieser

Hertliches und Göchfisches.

Abschiedsrede für Senatspräsident Lobe.

Leipzig. Am Schluß der heutigen Sitzung des ersten Strafgerichts verabschiedete sich dessen langjähriger Präsident Adolf Lobe, um aus Gesundheitsgründen vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Der Chefpräsident des höchsten Gerichtshofes, Dr. Simons, hob in seiner Ansprache die großen Verdienste hervor, die dieser Jurist von ungewöhnlicher Bedeutung sich nicht nur um die Jurisdiktion des ersten Strafgerichts, der er den Stempel seiner markanten Persönlichkeit ausdrückte, sondern auch um die deutsche Rechtsweisheit und Rechtsprechung überhaupt erworben habe. Allgemein anerkannt und hochgeschätzt sei namentlich seine Mitarbeit an dem bekannten Kommentar zum Reichsstrafgesetzbuch von Ebermeyer und Rosenberg. Großer Dank gebühre ihm für seine Tätigkeit als Vorvorsitzender des Sachsenischen Richtervereins und zuletzt des Richtervereins am Reichsgericht. Als solcher habe er in vordäufiger Weise die Interessen des Richterstandes bis weit hinaus über die engeren Berufsgrenzen in einem Kampfe verteidigt, der schwer und erbittert auch in der Öffentlichkeit geführt worden sei. Dr. Simons überreichte dem Scheidenden ein Anerkennungsurkunden des Reichspräsidenten von Hindenburg, in dem dieser Dr. Lobe für seine verdienstvolle Tätigkeit in leitender Stellung den Dank der Reichsregierung ausspricht.

Dr. Lobe dankte seinerseits tiefbewegt mit dem Wunsche, daß das Reichsgericht, wie er es sieht als dessen vornehmste Aufgabe angesehen habe, nicht nur die Einheit der Rechtsprechung, sondern vor allem die Fortbildung des Rechts im Auge habe, damit es Diener und Schöpfer des Rechts angleich sei.

Verlängerung der Fernsprechzeit.

Ein Übergeschenk der Reichspost.

Der Reichspostminister hat versprochen, daß fortan alle Poststellen des gesamten Deutschen Reichspostgebietes, einschließlich der Postagenturen und Posthilfsstellen, für den Fernsprechverkehr ununterbrochen von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr offenzuhalten sind. Hieraus ergibt sich der bedeutende Verkehrsfortschritt, daß nunmehr jedermann im ganzen Deutschen Reich mit jedem, der Fernsprechanschluß hat, von 8 bis 8 Uhr zu jeder Zeit sprechen kann.

Der zehnprozentige Zuschlag auf die Wasser-, Gas und Elektrizitätsrechnungen der Städtischen Werke.

Vom Verband Sächsischer Industrieller wird uns geschrieben:

Der Rat zu Dresden hat bekanntlich vor einiger Zeit beschlossen, auf alle Wasser-, Gas- und Elektrizitätsrechnungen der städtischen Werke für eine Einheitsperiode von zehn Wochen einen Zuschlag von zehn Prozent zu erheben. Diese Regelung ist besonders nach zwei Richtungen zu bedauern: einmal werden von den in direkten Stromabnehmern in erster Linie diejenigen betroffen, welche seinerzeit auf die Erzeugung von eigenem Strom, obwohl sie denselben zum Teil ebenso billig herstellen konnten, verzichtet und sich dem Strombezug aus den städtischen Werken angegeschlossen haben, während diejenigen Firmen, welche ihre eigene Stromerzeugung beibehalten, von der Erhebung freibleiben; zum anderen erfolgt der Zuschlag für Zwecke, die mit der Stromerzeugung an sich nichts zu tun haben. Dazu kommt, daß die betroffenen Firmen nicht mehr in der Lage sind, diese Erhöhung nachträglich in ihre Löhnen einzufädeln.

Es ist verständlich, daß diese Maßnahme in den betroffenen Kreisen der Wirtschaft eine gewisse Unzufriedenheit hervorgerufen hat, da sie fürchtet, daß die Stadt Dresden diese Art der Steuererhebung wiederholen und auf diese Weise die an sich schon durch Abgaben aller Art schwer genug belastete Industrie weiter benachteiligen könnte.

Die Ortsgruppe Dresden des Verbands Sächsischer Industrieller hat deshalb aber fernherin die Ansicht vertreten, daß durch eine berartige Maßnahme die städtischen Werke selbst empfindlich geschädigt werden müssen, da der Rat nach eigener Erzeugung von Strom von neuem laut werden und in manchen Fällen sicherlich auch zur Rückkehr zu fabrik-eigener Erzeugung führen wird.

Der Verband Sächsischer Industrieller glaubt annehmen zu dürfen, daß der Rat zu Dresden bei seinem Beschluss diese Gedankengänge nicht genügend berücksichtigt hat. Er hat in einer Eingabe gegen den Beschluss des Rates Einspruch erhoben und gebeten, die ganze Frage des Zuschlags einer nochmaligen Nachprüfung zu unterziehen und zu einer Änderung des Beschlusses zu kommen, gleichzeitig aber auch dafür bestorgt zu sein, daß von der Erhebung aller Zuschläge, die mit der Stromerzeugung selbst nichts zu tun haben, gründlich abgesehen wird.

Rund und Wissenschaft.

Berühmte Gäste in Konzert und Oper.

Dass das berühmte "Klingler-Quartett" aus Berlin noch nicht in Dresden gewesen ist — sollte man das glauben? Und doch ist dem so, falls und unsere Erinnerung nicht völlig täuscht. Nun hat aber gestern jedenfalls ein Auftrittsprogramm ab und des Tonkünstlervereins im Gewerbehaus die Bekanntheit mit den vier bedeutenden Künstlern vermittelt, deren Bedeutung allerdings gerade darin liegt, daß sie gar nicht vier Einzelgrößen, sondern eine geschlossene "Vierfamilie" — wenn es erlaubt ist, so zu sagen — sind. Denn wenn auch der Primicerius Professor Karl Klingler — er spielt bekanntlich auf Joachims Meistergeige — und auch der zweite Geiger Friedrich Klingler, sowie der Bratschist Richard Heber, endlich der Cellist Fr. v. Mendelssohn alle ausgezeichnete Meister auf ihren Instrumenten sind; das Gipfel ihrer Meisterschaft bildet doch ihr Zusammenspiel, das von höchster organischer Einheit ist. Klänglich sowohl, denn es geht gleichsam ein Register — ein wundervoll besetztes Register — durch alle vier Instrumente, wie auch im Vortrag, der in allen Dingen der Präzision, der Dynamik, der Agilität vier Seelen in einem einzigen Gedanken ausprägt. So findet insbesondere jene "durchdringende Arbeit", die für den gehobenen Streichquartettstil typisch ist und den melodischen Faden an die vier Instrumente aufsetzt, durch dieses Ensemble ideale Verlebendigung; denn der aufgestellte Faden wird durch die Geschlossenheit ihres Zusammenspiels wieder zu der einheitlichen Linie, als welche er wirken und verstanden werden soll. Darum ist das Klingler-Quartett auch stets ein ganz besonders berühmter Interpret der "leichten Quartette" Beethovens gewesen, die diese durchdringende Arbeit in höchster Kühnheit gelgen. Das aber auch in anders gearteten Werken die besondere künstlerische Note des Klingler-Quartetts zur Geltung kommen kann, zeigte an diesem Abend die Wiedergabe je eines Quartetts von Respighi und Handa. Das handgängige C-Tur-Werk war allerdings auch ziemlich auf Polphonie gestimmt und bot so besonders mit dem im flottesten Brio hingelegten fugierten Finale Anlaß zu einem Cabinetstück delikaten fämmersmusikalischen Spiels; es durfte sich wohl um ein älteres Werk des Meisters aus der sittenhaft-kontrapunktischen Reihe der sogenannten "Sonnentonne" gehandelt haben. In dem modernen "Quartetto dorico" von Respighi dagegen trampfte neben der "Arbeit" doch auch sehr die reine Melodie und der Klang als solche. Und gerade diese Seiten wurden hier zum besonderen Erlebnis in der Wiedergabe des inter-

Tarifverträge dem Arbeitsministerium einleiten!

Auf Grund des § 8 der Tarifvertragsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 1928 in Verbindung mit Abs. 1 Gl. 3 der Bestimmungen über die Überbindung und Mittellung von Tarifverträgen vom 1. März 1928 hat das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium angeordnet:

An Abkömmlingen oder Abbrechen von Tarifverträgen sind dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium — Tarifstelle —, Dresden-N., Döppelstraße 1, zwei Stücke und außerdem für die technischen Räte der Kreishauptmannschaften Dresden, Leipzig, Chemnitz und Bautzen und für jedes Gewerbeaufsichtsamt, in dessen Bezirk der Tarifvertrag gilt, je ein Stück einzuliefern.

Die Verteilung der Stücke an die zuständigen Stellen erfolgt durch das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, Tarifstelle.

Das Auferkommstreten von Tarifverträgen ist gleichfalls dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium — Tarifstelle — mitzuteilen.

Günstige Auswerfung der Dresdner Stadtanleihen.

In der heutigen Sitzung des Kreisausschusses wurde beschlossen, die Dresdner Stadtanleihen mit dem niedrigsten geschätzlichen Soze, also dem Rüsselschen, auszuwerten.

Hindenburg-Wohlfahrtsbriefmarken.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Verkauf der aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten am 20. September 1927 herausgegebenen Hindenburg-Wohlfahrtsbriefmarken beim Fürstgeamt mit Ende dieses Monats endgültig aufhört. Dagegen ist die postalische Gültigkeit der Marken zum Freimachen aller Postsendungen auch nach dem Auslaufen über den 31. Mai 1928 hinaus verlängert worden. Der Endtag wird später mitgeteilt werden.

Wer also gern noch ein Scherlein zur Linderung der Not der Zeit beitragen oder seine Sammlung bereichern möchte, dem ist jetzt noch einmal Gelegenheit geboten, solche Marken zu kaufen. Gutelessen erlangen die Hindenburg-Marken einen erheblichen Sammlerwert.

Bei der Nähe des städtischen Fürstgeamtes, Landhausstraße 7, 1, Zimmer 3, sind also bis 31. März noch zu haben eine Anzahl:

8-Pfg.-Marken zum Verkaufspreis von 15 Pfg.

15-Pfg.-Marken zum Verkaufspreis von 30 Pfg.

25-Pfg.-Marken zum Verkaufspreis von 50 Pfg.

50-Pfg.-Marken zum Verkaufspreis von 1 RM. und ähnliche Postkarten mit eingedruckter Hindenburg-Marke für 15 Pfg. und ein Rest der beliebten Markenhestchen, enthaltend vier 8-Pfg.-Marken und drei 15-Pfg.-Marken zum Preise von 1,50 RM.

Gegen die Aufhebung der Jahrmarkte.

Die zum Jahrmarkt in Dresden anwesenden Marktführer protestieren gegen die Aufhebung der Jahrmarkte einer stark besuchten Protestversammlung mit etwa 600 Besuchern ab. Da der Saal zu klein war, standen viele Besucher keinen Platz mehr. Als Referenten sprachen die Gauleiter Sachsen, Schach, Chemnitz, für den ambulanten Handel; Bachmann, Dresden, für das Lustbarkeitsgewerbe. Beide schilderten die Nöte des ambulanten Standes und unterzogen die Vorderungen der Gegner der Märkte und Volksschule einer geistreichen Kritik. Sie legten dar, daß eine Aufhebung der Märkte in Dresden und deren Folgen mehrere tausend Familien brodeln machen würde. Nach einer kurzen Aussprache wurde folgende Entschließung:

Entschließung

ausgetheilt und einstimmig angenommen:

Die Protestversammlung erhebt energisch Einspruch gegen den Ratbeschuß, ab 1929 die drei Jahrmarkte in Dresden aufzugeben. Durch Aufhebung der Märkte wäre ein ungerechter Eingriff getäuscht, der viele Tausende von Gewerbetreibenden sämtlicher Branchen brodeln macht. Gleichzeitig erleiden ebenfalls Tausende von Arbeitern vieler Großbetriebe, welche für unser ambulantes Gewerbe in Frage kommen, ihren völligen Niedergang. Wir erwarten und fordern von der Stadtverwaltung, daß man allen Erwerbsangehörigen in ihrer Existenz Rechnung trägt, die Märkte aufrechtzuerhalten, und nicht dem Antrag einzelner Stadtverordneten zuzustimmen.

Da etwa 600 Besucher und Funktionäre von allen Vertretern sämtlicher ambulanten Gewerbetreibenden, Vereinen und Verbänden erheben schärfsten Protest gegen die Auf-

richtung und einstimmig angenommen:

Die Protestversammlung erhebt energisch Einspruch gegen den Ratbeschuß, ab 1929 die drei Jahrmarkte in Dresden aufzugeben. Durch Aufhebung der Märkte wäre ein ungerechter Eingriff getäuscht, der viele Tausende von Gewerbetreibenden sämtlicher Branchen brodeln macht. Gleichzeitig erleiden ebenfalls Tausende von Arbeitern vieler Großbetriebe, welche für unser ambulantes Gewerbe in Frage kommen, ihren völligen Niedergang. Wir erwarten und fordern von der Stadtverwaltung, daß man allen Erwerbsangehörigen in ihrer Existenz Rechnung trägt, die Märkte aufrechtzuerhalten, und nicht dem Antrag einzelner Stadtverordneten zuzustimmen.

Die zum Jahrmarkt in Dresden anwesenden Marktführer protestieren gegen die Aufhebung der Jahrmarkte einer stark besuchten Protestversammlung mit etwa 600 Besuchern ab. Da der Saal zu klein war, standen viele Besucher keinen Platz mehr. Als Referenten sprachen die Gauleiter Sachsen, Schach, Chemnitz, für den ambulanten Handel; Bachmann, Dresden, für das Lustbarkeitsgewerbe. Beide schilderten die Nöte des ambulanten Standes und unterzogen die Vorderungen der Gegner der Märkte und Volksschule einer geistreichen Kritik. Sie legten dar, daß eine Aufhebung der Märkte in Dresden und deren Folgen mehrere tausend Familien brodeln machen würde. Nach einer kurzen Aussprache wurde folgende Entschließung:

Entschließung

ausgetheilt und einstimmig angenommen:

Die Protestversammlung erhebt energisch Einspruch gegen den Ratbeschuß, ab 1929 die drei Jahrmarkte in Dresden aufzugeben. Durch Aufhebung der Märkte wäre ein ungerechter Eingriff getäuscht, der viele Tausende von Gewerbetreibenden sämtlicher Branchen brodeln macht. Gleichzeitig erleiden ebenfalls Tausende von Arbeitern vieler Großbetriebe, welche für unser ambulantes Gewerbe in Frage kommen, ihren völligen Niedergang. Wir erwarten und fordern von der Stadtverwaltung, daß man allen Erwerbsangehörigen in ihrer Existenz Rechnung trägt, die Märkte aufrechtzuerhalten, und nicht dem Antrag einzelner Stadtverordneten zuzustimmen.

Da etwa 600 Besucher und Funktionäre von allen Vertretern sämtlicher ambulanten Gewerbetreibenden, Vereinen und Verbänden erheben schärfsten Protest gegen die Auf-

richtung und einstimmig angenommen:

* Ernennung. Zum Vorstehenden der Sprachkammer beim Landesarbeitsamt Sachsen wurde Regierungsrat Dr. jur. Walter Oppitz, bisher Vorstehender des Schlichtungsausschusses im Bezirk der Kreishauptmannschaften Dresden und Bautzen, ernannt, nicht, wie wir auf Grund einer Mitteilung von Wolfsbachs Landesdienst meldeten, zum Leiter des Arbeitsamtes Leipzig.

(St.K.) Die Ratifikationsurkunde zum Thüringischen Staatsvertrag vom 7. Dezember 1927 über den Grenzausgleich zwischen Sachsen und Thüringen sind von den beiderseitigen Staatskommissionen in Dresden ausgetauscht worden.

* Das Schwurgericht Dresden trifft am 19. April zur 8. diesjährigen Tagung zusammen, die voraussichtlich bis zum Ende des Monats andauern wird.

* Die feierliche Losprichtung der Lehrlinge der Höheren Handlung und des Dresden Hotelbauer-Vereins erfolgte in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste und Eltern der Prüflinge im Konzertsaal der Ausstellung. Harmoniumspiel und markige Begrüßungsansprachen der Obermeister Martin Wolf und Hotelier Wolf leiteten den Festakt ein, der zugleich den Abschluß der am gleichen Tage erfolgten Heilprüfungen beider Berufe darstellte. Es folgte dann der Bericht über den Verlauf der Heilprüfung, den Fachlehrer Wolf erstattete, worauf der Vorstehende der Prüfungskommission, Traiteur Karl Isenbeck, die Bedeutung der Prüfungen der Höhe und Hellner darlegte und den jungen Leuten, deren 34 von jedem Berufe sich der Prüfung gestellt hatten, sehr beherzigenswerte Lehren mit auf den Lebensweg gab. Energie, Standesherrlichkeit und Berufsfreude seien die drei Gaben, mit denen der junge Mann stets die höchste Stufe des Leiter erklommen könne, deren erste Stufe er mit der bestandenen Prüfung hoffnungsvoll betrete. Der Innungen höchste Aufgabe sei es, einen moralisch einwandfreien, berufstüchtigen, sauber und soliden Nachwuchs heranzubilden. Alle jungen Höhe und Hellner, von denen jeder eine Prüfung bestanden habe, möchten nicht leichtsinnig und überheblich werden durch ihren Erfolg, und nie vergessen ihrer Eltern, Lehrherren und Lehrstätten, vor allem aber auch nicht der Schule, die so viel für sie getan habe. Nachdem zahlreiche Fachlehrer Solche unter den erhebenden Anläufen Harmoniumspiels die zum ersten Male von der Hochschule ausgegebenen Fachzeugnisse, gleichsam als Empfehlungs- und Erinnerungsbriefe fürs Leben, überreicht hatte, erfolgte die Losprichtung der Lehrlinge sowie die Verteilung der Prämien. Die Auszeichnung der Lehrlinge und ein stehend angehörendes Danzharmoniumspiel beendeten die weithin laufende Stunde.

* Stoßdiebstähle. In der Nacht zum 21. März wurde aus einer Jacht marksbüde auf dem Neumarkt ein Ballen (55 Meter) blauroter, mit schwarzen und grünen Streifen durchwirchter wollener Schurzenstoff entwendet. Er wurde am Donnerstag in der Mittagszeit im Stadtinneren von einem Rollwagen ein Ballen (97,7 Meter) Linton gestohlen. Der Ballen ist H. F. 58 gezeichnet und 40 mal 20 Centimeter groß.

* Die Neuerwerbungen der Sächsischen Landesbibliothek sind vom 2. April bis 7. April im Festsaal geöffnet werktäglich 10 bis 2 und 4 bis 7 Uhr ausgestellt. Ein Verzeichnis dieser Neuerwerbungen liegt in der Geschäftsstelle der "Dresdner Nachrichten", Marienstraße 28, Erdgeschoss, aus.

Schweres Motorradunglück.

Zwei Totessopfer.

Niesa. In der Nacht zum Freitag gegen 12 Uhr fuhr in der Nähe von Niesa der 31 Jahre alte Handlungsgehilfe Otto Heidenreich aus Raumdorf bei Naundorf beim Nehmen einer Kurve unweit des Gasthauses "Watzig" an einen Preßstein. Er und sein Mitschwärmer, der Vertreter Fritz Weiß, Sohn des Wilmershäuser Emil Weiß aus Niesa, wurden durch die Wucht des Anpralls vom Rad geschleudert und dabei schwer verletzt, daß sie beide sofort tot waren. Die ungewöhnlich schwere Maschine wurde in weitem Bogen von der Unglücksstelle entfernt schwer beschädigt im Felde vorgefunden.

Stenotyp.- u. Handelsfurse

Samstag 2. April und 11. April 9 Uhr. Sondergruppe nur für Teilnehmer mit höherer Schulbildung 11 April 4 Uhr. Lehrkräfte: Hof. u. amer. Buch. Schreibmaschinen. Handelsbetriebslehrer, einges aus dem höheren Kaufm. Rechnen u. Handelsbriefstell. — Aufnahme schriftbildungsph. Knoden u. Mädeln. Prof. kokellos.

Radiow. Handels- u. Sprachschule / Mitmarkt 15

Ind. Dir. Rich. Radow u. Diplom-Handelslehrer Dr. phil. Erich Radom. Tel. 17127

1. Teil, mit Friedrich Lindner (Faust), Antonia Dietrich (Grethchen), Erich Ponto (Alcyone) außer Aue spielt. Anfang 10 Uhr.

* Bühnenpielplan der Sächs. Staatstheater. Opernhaus: Sonntag (1. April): 6. Sinfoniekonzert (Palmsonntag).

Montag (2. April): Anrechtsreihe B: "Der Freischütz" (10 bis nach 11); Dienstag, für den Verein Dresdner Volksbühne (kein öffentlicher Kartenvorverkauf): "Margarete" (7 bis nach 11); Mittwoch, außer Aue: "Zar und Zimmermann" (7 bis 10); Donnerstag, Anrechtsreihe B: "Tosca" (10 bis gegen 10); Freitag, außer Aue: "Parföll" (5 bis gegen 10); Sonnabend, für die Dienstag-Anrechtsinhaber der Reihe B vom 1. April: "Parföll" (5 bis gegen 10); Sonntag (8. April), außer Aue: "Parföll" (5 bis gegen 10); Montag (9. April), außer Aue: "Iudine" (7 bis gegen 11).

Schauspielhaus: Sonntag (1. April), außer Aue: "Faust" (6 bis 10); Montag (2. April), Anrechtsreihe B: "Toboggan" (10 bis gegen 10); Dienstag, Anrechtsreihe B: "Die Wilden" (10 bis gegen 11); Mittwoch, Anrechtsreihe B: "Musik" (10 bis gegen 10); Donnerstag, für den Verein Dresdner Volksbühne (kein öffentlicher Kartenvorverkauf): "Ein idealer Haie" (7 bis 11); Freitag, außer Aue: "Das Grabmal des unbekannten Soldaten

Landesverband gewerblicher Genossenschaften in Sachsen.

Der Landesverband hielt in der letzten Woche seine stark besuchte Vierteljahrversammlung für die angeschlossenen Genossenschaften im Gewerbe kammerbezirk Dresden ab, von Direktor Olaf, Dresden, geleitet wurde.

Als Tagesordnung war zunächst ein Vortrag von Verbandsdirektor Dr. Baumann vorgesehen, der über die „Generalversammlung der Genossenschaft“ sprach.

Im Gegensatz zu den Generalversammlungen der Kapitalgesellschaften kommt der Generalversammlung bei den Genossenschaften eine erhöhte Bedeutung bei. Die Anteilnahme der Mitglieder an dem Genossenschaftsleben kommt in der Generalversammlung zum Ausdruck. Nicht selten sei infolgedessen der Verlauf der Generalversammlung für die weitere Entwicklung der Genossenschaft von ausschlaggebender Bedeutung. Der Vortrag fand stärkstes Interesse.

In einem zweiten Vortrag gab Dr. Baumann einen Überblick über die Veranstaltungen anlässlich des

sächsischen Genossenschaftstages,

der dieses Mal am 6. und 7. Mai in Annaberg stattfindet. Vorgeschehen sind sowohl Sonderkonferenzen der Kredit- wie auch der Waren genossenschaften. Auf der Tagesordnung stehen hierbei Fragen, die für Aufsichtsrat und Vorstand der Genossenschaften von aktuellem Interesse sind. Bei den Waren genossenschaften ist u. a. ein Vortrag über die Kontrolle des Warenlagers vorgesehen, während in der Sonderkonferenz der Kreditgenossenschaften der genossenschaftliche Infrastruktur und Wirtschaft sowie die gesetzlichen Bestimmungen über das Effizienz- und Deponiegeschäft behandelt werden sollen. Im Rahmen des sächsischen Genossenschaftstages findet weiterhin am Sonntagnachmittag die Generalversammlung des Landesgewerbeverbandes Sachsen, e. G. m. b. H., statt. Die Tagesordnung des Verbandsstages des Landesverbandes gewerblicher Genossenschaften in Sachsen, der am Montag stattfindet, sieht zunächst den Geschäftsbericht des Verbandsdirektors vor. Hierzu kann heute bereits achtet werden, daß im vergangenen Jahre eine erfreuliche Erstärkung sowohl der Kreditgenossenschaften, wie auch in der Gesamtheit der Waren genossenschaften festgestellt ist. Weiter ist es gelungen, für den Verbandsrat Professor Dr. Stein, den Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes, zu einem Vortrag über „Die Stellungnahme der Genossenschaften im Wirtschaftsleben“ zu gewinnen. Weiter wird der den Bevölkerung der sächsischen Genossenschaftstage bereits wohlbekannte Direktor der Kreditanstalt der Deutschen in Prag, Stadtrat Kießwetter, über „Genossenschaft, Stand und Volkstum“ sprechen, ein Vortrag, der sicherlich das weite Interesse in den Reihen der sächsischen Genossenschaftler finden wird.

Es ist zu erwarten, daß auch der diesjährige Genossenschaftstag sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung des sächsischen gewerblichen Genossenschaftswesens gestalten wird und die Bedeutung der wirtschaftlichen Kräfte, die auch in den sächsischen gewerblichen Genossenschaften vereinigt sind, der Öffentlichkeit gegenüber zum Ausdruck kommen wird. Als letzter Punkt der Tagesordnung wurden verschiedene genossenschaftliche Tagesfragen erörtert, wobei insbesondere die Notwendigkeit der Schaffung starker innerer und offener Reserven betont wurde und Ausführungen über die rationelle Ausgestaltung des inneren Betriebes der Genossenschaften, besonders Beachtung fanden, insbesondere unter dem Gesichtspunkte, daß in dem künftig sicherlich noch verstärkten Christenlämpchen des gewerblichen Mittelstandes sowohl den Kredit wie auch den Waren genossenschaften eine immer stärkere Bedeutung zukommen wird.

Die lebhafte Ansprache, die sich jeweils an die Referate anschloß, bewies das starke Interesse in den Kreisen der Teilnehmer, sowie die enge Verbindung, die zwischen dem Verbande und den beteiligten Genossenschaften besteht.

— * Fernsprechdienstverlängerung. Bei der Fernsprechvermittlungsstelle in Stadt Wehlen (Sächs. Schweiz) wird vom 1. April bis 30. September 1928 Fernsprechdienst an allen Tagen von 7 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends für Rechnung der Teilnehmer abgeschaltet. — Bei der Fernsprechvermittlungsstelle in Königstein (Elbe) wird vom 1. April an Fernsprechdienst von 7 bis 1 Uhr nachts abgehalten.

— * Zum Tarifkampf im Bankenwerke wird uns vom Deutschen Bankbeamten-Verein berichtet, daß die Verhandlungen am Donnerstag im Reichsverkehrsministerium in später Nachstunde abgebrochen wurden und am Sonnabend fortgesetzt werden.

— * Auferstehungskirche Dresden-Planen. Heute, 8 Uhr, hält Pfarrer Reuter seinen zweiten Vortrag über „Das Märchen des Leides im Lichte des Kreuzes Christi“.

— * Die Feuerwehr wurde am Donnerstag vorm. 10.30 Uhr nach Mohrenstraße 6 gerufen, wo in einer Stube des Erdgeschosses in einem Haushaltsumrohr im Brand standen war.

* Spielplan des General-Theaters vom 2. bis 9. April. Abendlich Gastspiel Arty Schulz und Udo Egleo: „Kessels.“ Sonntag nachmittag: „In der Johanniskirche.“

* Beranthaltung. Heute Freitag, 15.30 Uhr im Künstlerhaus: Liederabend von Pauline Tober mit Prof. A. Dobrowol am Klavier. Pauline Tober singt Lieder von Nietsch, Sinding, Bellusius, Steinenauer, Duparc, Debussy, Hauss, Plinyer, H. Wolf, Ratten bei Dies.

* Ein Lieder- und Duettentheater unter Mitwirkung von Kammermusiker Carl Braun (Viola Damour) und Camille Clemens Braun (Klavier) findet am Sonnabend, dem 21. März, abends 5 Uhr, im Saalhaus der Amerikanischen Kirche (Reichsplatz 5) statt. Als Sänger sind beteiligt die aus der Schule Clemens hervorgegangene Sopranistin Ruth Günther und der Baritonist Franz Oldrich (ebenfalls Schüler Clemens).

* Johannesspassion in der Frauenkirche. Der Frauenkirchenchor und der Chorverein bereiten für den 4. April 1928 die Aufführung der Johannes-Passion von Sch. Bach vor. Solisten-Ensemble: Claire Born (Soprano), Helene Aug (Alt), Kammerländer Robert Burg (Bariton), Aris Friedrich (Choräus), Aris Jöbel (Evangelist). Beginn: 1 Uhr abends.

* Das Schlafkonzert des Konservatoriums im großen Vereinshausbau wurde zu einem erneuten Beleg für die gezielte Ausbildung, die die hervorragenden Lehrer unserer musikalischen Hochschule den Studierenden vermittelten. So sehr ist das Konservatorium in erster Linie eine ansässige Pianistenschule gewesen. Diesen alten Ruf bewahrt die Instanz auch diesmal mit vier pianistischen Leistungen von Studierenden aus den Klassen Vera Schwarcz, Walter Kauffmann, Zöller und Professor Petet. Mit fortreisendem Temperament bewältigte Frau Annecie Jäger die technischen und musikalischen Schwierigkeiten des farbenreichen „Totentanz“ von Liszt; außerordentlich attraktiv, wenn auch etwas zu gleichförmig, spielte Fräulein Anna Rapp die sinfonische Variationen, Rös-Moll, von Goetz Frank; hochachtbar war auch die beflügelte Wiedergabe des Eis-Woll-Klavierskonzerts von Mimsu-Korsakow durch den Zöller-Schüler Herrn Kurt Kluge, und auch aus einer fallenden ziemlich anspruchsvollen Klavierbegleitung, der in der bekannten Ballade und Polonaise für Violin von Nicurteps, brachte man den feingefüllten und begabten Pianisten (Herr Braumühl) heraus. Das oben genannte schwierige Gehörparadestück spielte ein Schüler Adrian Rappoldis, Herr Gerhard Schneider, mit technischer Bravour; noch ein Schuß feuriger Belebung und rhythmisches Schnell hätte allerdings namentlich der Ausführung der Polonaise nichts gefehlt. Die übrigen Vorträge waren Gesangsstücke. Den Glanz und Höhepunkt dieser vollen Gaben bildete die imponierende Wiedergabe der Gesangszenen aus Verdis „Aida“ durch drei mit ebenso schönen wie kraftvollen Stimmen begabte Schüler Professor Kluges, der auch am Flügel das Orchester ersetzte. Amneris war Fräulein Petronella Hoffmann,

Der Haushaltplan Dr. Bührers.

Ein Versuch mit untauglichen Mitteln.

Von Bourat Paul, Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums.
Zwei Worte, die während der gestrigen Beratung des Städtischen Haushaltplanes auf das Jahr 1928 fielen, klangen aus dem Einerlei der Reden heraus. In seiner Begründung des Etats stellte der neue sozialistische zweite Bürgermeister, Dr. Bührer, die Tatsache fest, daß „die einzelnen Dienststellen Aufstellungen eingerichtet hatten, die den Haushalt mit einem Bushus von 21 Millionen abschließen ließen“, und später sagte der Oberbürgermeister in seiner, übrigens glänzenden Abfertigung Rößl:

„das Gleichgewicht im Etat sei nicht stabil, sondern labil.“

Mit einer der Schlagwörterwindungen, die heutzutage in der Politik üblich geworden sind, bezeichnet er so weiterle: daß der Haushalt, zu dessen einzelnen Positionen die einzelnen Dienststellen Zahlen zusammengelegt hatten, die in der Summe einen Ausschlag von 21 Millionen ergaben, wie durch ein Wunder balanciert (!), und anderseits, daß dieses Gleichgewicht kein Auschwanken der Wagschalen, sondern eine momentane Erholung bedeutet, mit anderen Worten also, daß es im eigentlichen Sinne nicht vorhanden ist.

Und in der Tat, einen Haushaltplan wie diesen ersten des linkssozialistischen Bürgermeisters hat wenigstens unsere Bürgerschaft noch nicht gesehen. Es handelt sich hier für den verantwortungsvollen Beurteiler nicht mehr um Kritik, es handelt sich um die Frage, ob wir es wagen können, mit einem solchen Etat überhaupt in das neue Verwaltungsjahr hineinzugehen.

Dieser Haushaltplan rückt die Verhältnisse in ein ganz schiefes Licht.

Er ist vollkommen undurchsichtig. Das zeigt sich bereits im Abschluß. Die Abrechnung für 1928 ergab einen Fehlbetrag von 45 Millionen; der Voranschlag für 1927 bezeichnete die Ausgaben auf 101 Millionen und ließ ein Defizit von 5,2 Millionen offen. Im Jahre 1928 steigen die Ausgaben nach der Berechnung des zweiten Bürgermeisters auf 112 Millionen; trotzdem — man erstaunt mit Recht — sollen sich Einnahmen und Ausgaben ausgleichen! Gewiß läßt ein solches Ergebnis zunächst ein freudiges Gefühl entstehen; ein Haushalt ohne Fehlbetrag wäre ja ein Ziel, aufs Innige zu wünschen. Aber ein unheimliches Gefühl sagt einem, daß die Sache doch nicht stimmen kann. Man müßte ja sonst keine ganz einfache Mafnahmen zur Herabsetzung der städtischen Ausgaben einerseits und zur Erhöhung der Einnahmen anderseits gewesen sein. Tiefer Unglaube wird voll gerechtfertigt.

Der ganze Etat ist zurechtgestutzt.

Die Schöpfung der Einnahmen bei den einzelnen Positionen ist durchgängig überaus astig, oftmals handgreiflich übertrieben; dafür sind die Unfosten in der Regel ohne jeden sichtbaren Grund herabgesetzt worden. Oder es fehlen Beträge, die in keiner derartigen Aufstellung fehlen dürften. Und so steht man vor einem „Ueberdrüß“, wo jeder Finanzpolitiker eine erhebliche Zubuse erkennen würde. Ein Beispiel bildet

der städtische Grundbesitz.

Hier errechnet Dr. Bührer einen Ueberschuß von rund einer Million, er sieht aber die Ausgaben für die Unterhaltung von 1,2 Millionen im Jahre 1928, von 1,5 Millionen im Jahre 1927 auf 900 000 Reichsmark herunter. Mit welchem Recht? Soll die Bewirtschaftung im neuen Jahre 800 000 Reichsmark sparen können, wenn ihre Kosten bisher dauernd liegen? Das ist eine greifbare Phantasmagorie. Die Grundsteuer, die jährlich vielleicht eine Million Reichsmark ausmacht, fehlt völlig!

Berichtigung des angelegten Kapitals findet sich

überhaupt nicht.

Der städtische Grundbesitz ist in der Haupthecke aus Anleihen vermehrt worden; betrachtet man den Friedewaldwert von 300 Millionen mit 25 Prozent, also 75 Millionen, so erhält man bei Annahme einer fünfprozentigen Verzinsung — der reichsgelehrte angebilligen Berichtigung! — bereits 3,8 Millionen für Zinsen, unter Abzug der Hypotheken 3,3 Millionen. Dann ergibt sich allein auf Grund dieser Zinsberechnung an Stelle des Ueberschlusses von einer Million ein Fehlbetrag von 2.274 Millionen. Nun ist aber die Bindeschärfung noch zu rütteln. Die Stadt Dresden muß die Anleihe mit weit höheren Zägen als 5 Prozent verzinsen. Also wird der Ansatz noch ärger. Nimmt man die unbegrenzte Herabsetzung der Unterhaltungskosten und die „ausgefallene“ Grundsteuer hinzu, so erhält man ein erschreckendes Bild! Aber der Haushaltplan des zweiten Bürgermeisters weist einen Ueberschuß auf!

Diese aus der Fassung bringende Beobachtung bleibt nun fernerwegs allein.

Bei den Rittergütern

errechnet Dr. Bührer einen Ueberschuß von 20 000 Reichsmark, aber er vergibt leider, das Auslagenkapital und seine Verzinsung zu berücksichtigen, und er vergibt, daß dieses Kapital

jetzt aus Anleihenmitteln aufgebracht worden ist, so daß bei Einführung des vollen Zinsendienstes aus dem Ueberschuß betriebe ein freudiger Betrieb mit 72 000 Reichsmark Unterbilanz wird. Einmal ganz Nehmend gilt für die Gartenanlagen, die nach einem von mir im Vorjahr zum 1. Million Bushus verlangt haben, indem sie diesmal nur 700 000 Reichsmark erfordern sollen; woher die Verminderung um 300 000 Reichsmark? — Ein gleiches gilt für den Städtebau Tröbitz auch ein Schmerzenskind unter den städtischen Betriebsbetrieben; er hat im vergangenen Jahre, wie mir wenigstens behauptet, trock Einwendungen, aus der Anleihe noch 50 000 Reichsmark Bushus erfordert; diesmal „balanciert“ er!

Ein gleiches gilt für den Marktall, bei dem die letzten Haushaltpläne vorsichtshalber nichts mehr an Gewinn erkennen lassen; Dr. Bührer indes begiebt einen Gewinn von 500 Reichsmark. Er sieht allerdings die Ausgaben für die Unterhaltung unbedenklich um 5000 Reichsmark herab. Auch beim Güngbad, beim Städtischen Wohnungsbau, bei der Markthallen und den Städtischen Heimen finden sich solche z. T. erheblichen, unbegründeten Herabsetzungen der Ausgaben. Es ist natürlich unendlich leicht, auf diese Weise Ausgleiche zu errechnen; daß sie auf dem Papier stehen bleiben, daß eine einzige Nachreparatur den gesamten Unterhaltsfonds aufzehrten und in ein gähnendes Defizit verwandeln kann, und daß dann, kaum daß der „Haushaltplan“ genehmigt worden ist, schon die

Nachforderungen nach Millionen eintreten müssen.

Das ist für diese Art neuzeitlicher Haushaltserierung offenbar ganz unerheblich. Hier schlägt man rüdig mit hohen Händen und meint, wenn man nur ein mutiges Gesicht zeige, würde sich die Überschüsse schon einstellen.

Aber der neue Finanzdezernent verfolgt bei gewissen Posten

auch ein ganz entgegengesetztes Verfahren.

Zeigt er sich einerseits bemüht, gewisse Organismen der städtischen Verwaltung als höchst lebenskräftig erscheinen zu lassen, so hat er bei anderen — etwa aus steuerlicher Gründen? — das Bestreben, die Rein-Einkünfte nicht zu groß erscheinen zu lassen. Zu diesem Zwecke ist ihm die Anleihe ein erwünschtes Mittel; statt sie auf alle Betriebe verteilt würde, erscheint sie nun mit einem Male nur bei einzelnen; so beim Städtischen Speicher, dessen Ueberschuß von 2000 Reichsmark in 1928 jetzt auf 800 Reichsmark (!) herabgedrückt wird. So auch bei den Markthallen, die sich plötzlich mit einer „Bankschuld“ von 1½ Millionen belastet finden, so daß ihr Ueberschuß von 92 000 Reichsmark in 1928 auf bloße 400 Reichsmark Ueberschuß zu berechnen. Und ebenso beim Kapitel Beerdigungen usw.

Der Gewinn des Matzellers

zeigt sich, trock gestiegerten Umsatzes, von 100 000 Reichsmark in den letzten Jahren auf 45 000 Reichsmark gedreht. Welcher Privatmann dürfte es unternehmen, eine solche Aufstellung vorzulegen!

Die Liste der Besonderheiten dieses Haushaltplanes ist noch nicht erschöpft. Es wäre noch das finanztechnisch unzulässige Verfahren zu gedachten,

einmalige Aufwendungen aus laufenden Einnahmen

abzudecken;

so wird es beim Kapitel Feuerwehr, Polizei us. m. gehen. Und dann bleibt immer noch eine Lücke. Die Balancierung ist trock aller geschilderten Maßnahmen noch nicht erreicht! Da bleiben „Verschiedene Einnahmen“ übrig. Und hier gipfelt dieser „Haushaltplan ohne Vergleich“. Aus Mehrüberschüssen der städtischen wirtschaftlichen Unternehmen, dem Rücklagenfonds des Vieh- und Schlachthofes und aus etwaigen neuen Steuern (!) oder erhöhten Nebenwehrungen auf bestehende Steuern erhält Bürgermeister Dr. Bührer eine „Einnahme“ von 4 (vier) Millionen Mark „Schätzungsweise“.

Jetzt ist die Balance erreicht!

Einnahmen und Ausgaben übereinstimmen in gleicher Höhe. Aber welcher Leser hat kein heiliges Gleichgewicht behauptet?

Eine erste Sache will ernsthaft behandelt sein; etwas Ergriffenes wie die Finanzlage eines großen Gemeinwesens von der Art Dresdens gibt es aber nicht. Man spielt nicht mit der Existenzlage von Hunderttausenden. Dieser Haushaltplan erfüllt die Voraussetzungen nicht, die gestellt werden müssen. Nicht Schönfärberei, sondern Klarheit tut not. Für das Beste wäre es zu halten, daß der Rat diesen Haushaltplan zurückzögert und durch einen besseren ersetze. Ein durchsichtiges, ein einwandfreies Bild der Lage unserer Finanzen kommt an.

Allein aus Klarheit kann Erfundung folgen!

Leichtigkeit auf, die stellenweise geradezu etwas Unverständiges hat. Beulen, Röhren und heitere Klavierklänge begleiten die vier Szenen, die einen solchen Reichtum an Erfindung, neuen technischen Künsten — vor allem in einem Wigman-Solo — und einem Farbenrausch in Rot und Rosa enthalten, daß das starkbesetzte Haus völlig außer Rand und Band geriet. Wie hier der reine Adel der Gestalten in Erscheinung trat, muß im befinden rühmend angemerkt werden. Diesem dritten Teil hat Marx Wigman eine vollständige Umgestaltung und eine Bereicherung angedeihen lassen, die die gesamte Tondichtung nunmehr den anpflockenden Abschluß verleiht. Nur einmal in diesem, an wahrhaft atrophen Ereignissen so armen Kunstufer, tritt Marx Wigman im Rahmen ihrer atrophen Europafahrt in Dresden auf. Dieses eine Mal und wahrhaft atrope Ereignisse haben sich wieder einmal viele entgegen lassen, denen große Kunst zu schirmen sonst eine Ehrenplicht ist. — ch-

* Universität Leipzig. Dem Professor Dr. Wenzelius ist die Lehrberechtigung für das Fach „Chemie“ in der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig unter gleichzeitiger Ernennung zum nichtplanmäßigen außerordentlichen Professor in dieser Fakultät erteilt worden.

* Karl Roetschka, der Direktor des Düsseldorfer Kunstmuseums, ist in den Kreis der Sechzigjährigen gerückt. Roetschka hat das Düsseldorfer Kunstmuseum in 15jähriger Arbeit zu seiner heutigen Höhe geführt. Der Jubilar hat seine Schaffenskraft besonders zwei großen Meilen gewidmet: einmal war sein Wirken daran gerichtet, Museen zu schaffen, die nicht totes Material in sich bergen, sondern lebendige Kräfte ins Volksleben ausstrahlen, und zum andern ist Roetschka der Bildner des deutschen Museumsbeamtenberufs überhaupt. Roetschka wirkt seit 1920 auch als Lehrer an der Bonner Universität.

* Von der Kleist-Gesellschaft. Der Fürst von Schönburg-Waldenburg beabsichtigt, an der Stelle, wo Kleist auf seiner Reise nach Dresden das Schloß Lichtenstein gesehen hat, einen Gedächtnisstein zu errichten. Die Kleist-Gesellschaft, deren einziges Mitglied der Fürst seit ihrer Gründung ist, wird dazu eine Abordnung entsenden; ob sich auch der Wunsch des Fürsten, in Lichtenstein, wohin er die Gesellschaft zu einer Sonderfahrt einladen möchte, eine Aufführung der „Penitentes“ im Kreis zu veranstalten, verwirklichen läßt, steht noch nicht fest. Man plant ferner, die Photographien der interessantesten Stücke des vorherigen Jahr in der Preußischen Staatsbibliothek gezeigte Kleist-Ausstellung, Ansichten der Städte, wo der Dichter gewohnt hat, Bildnisse der Persönlichkeiten, die mit ihm in Verbindung gekommen sind, Briefe und Erfolgsberichte in einem Buch der Dichterschule zugänglich zu machen.

Die Finanznot der Bezirksverbände.

Vorschläge zur Abhilfe.

Am 29. März 1928 tagte in Dresden die diesjährige Hauptversammlung des Verbandes der Sächsischen Bezirksverbände, an der als Gast der Präsident des Deutschen Landkreistages, Dr. v. Stempel, teilnahm. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten gab der Verbandsgeschäftsführer Dr. Guba im Anschluß an den für das Jahr 1927 erstatteten Geschäftsbericht eingehende Darlegungen über die derzeitige Lage der Bezirksverbände und Bezirksgemeinden, die von Präsident Dr. Stempel durch wertvolle Ausführungen über schwierende Fragen der Reichsabrechnung ergänzt wurden. Auf Grund dieser Ausführungen nahm die Hauptversammlung nach reicher Aussprache einstimmig folgende

Entschließung

an:

Die Hauptversammlung des Verbandes der Sächsischen Bezirksverbände erfüllt die zunehmende Verschlechterung der Finanzlage der Bezirksgemeinden mit starker Besorgnis. Zahlreiche Bezirksgemeinden stehen trotz sparsamer Verwaltung bei angestrahlter Steigerung ihrer Ausgaben und völlig unzureichenden Steuerüberweisungen vor dem finanziellen Zusammenbruch. Auch die Finanzlage der Bezirksverbände wird hierdurch auf das Nachteilige beeinflußt. Die Hauptversammlung muß daher immer wieder nachdrücklich fordern, daß insbesondere die zugunsten des Staatsantelles geforderten Zuweisungen an den Kostenausgleichsstock aus den Überweisungssteuern zu Lasten des Staatsantelles wieder erhöht werden und der Verteilungsschlüssel für die Überweisungssteuern in einer den Belangen der Bezirksgemeinden und Bezirksverbände mehr Rechnung tragenden Weise geändert wird. Sie erwartet daher, daß dem vom Landtag in seiner Sitzung vom 22. März 1928 angenommenen Antrage der Landtagsabgeordnete Nr. 96 inzwischen alsbald durch die Regierung Rechnung getragen wird.

Bei der allgemeine für notwendig gehaltenen Abänderung des Verteilungsschlüssels für den Kostenausgleichsstock ist hinsichtlich des Verteilungsberechtigten wie bei den Gemeinden so auch bei den Bezirken auf die Leistungsfähigkeit besondere Rücksicht zu nehmen.

Bei der ungünstigen Finanzlage widerspricht die Hauptversammlung des Verbandes der Sächsischen Bezirksverbände weiter entschieden jeder Kürzung des Gemeindeanteiles und des Anteiles der Bezirksfürsorgeverbände an der Aufwertungssteuer. Ebenso hält sie jede Verkürzung des für den Wohnungsbau bestimmten Teiles der Aufwertungssteuer für untragbar.

Die Hauptversammlung des Verbandes der Bezirksverbände hat endlich mit schwerer Enttäuschung davon Kenntnis genommen, daß die Sächsische Regierung den Kommunikationsweg gebaut in den Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1928 wiederum durchaus unzulängliche Mittel eingesetzt hat, und erwartet vom Landtag, daß nunmehr endlich die seit Jahren geforderte Übernahme der vom Finanzministerium als besonders verkehrsbelastet anerkannten Kommunikationswege in die staatliche Unterhaltung durchgeführt wird oder für diese Straßenseiten namhafte weitere Beihilfemittel zur Verfügung gestellt werden, damit das vom Durchgangsverkehr im heutigen Maße beanspruchte Kommunikationswegenetz endlich in gleicher Weise wie die Staatsstraßen den neuzeitlichen Verkehrsbedürfnissen entsprechend instand gesetzt werden kann.

In einer anschließenden Vorstandssitzung wurde an Stelle des durch seine Berufung zum Präsidenten des Landesarbeitsamtes Sachsen ausgeschiedenen bisherigen Vorsitzenden Amtsbaudirektor Dr. Schulze, Amtshauptmann Dr. Venne, Dresden, zum Vorsitzenden des Verbandes der Sächsischen Bezirksverbände einstimmig gewählt.

Eine neue Dresdner Innung.

Die ersten Gesellen.

Die Versprechung der Lehrlinge und die Einweihung der neuen Gehilfen der Kreis-Innung für das Kraftwagen- und Motorfahrzeug-Reparatur-Gewerbe Dresden gestaltete sich zu einer erhebenden Feier in den Räumen des Stadtwaldschlößchens.

Es ist das erste Mal in der Geschichte des deutschen Handwerks, so leitete der Obermeister der Innung, Direktor Eisenhardt, seine Begrüßungsrede ein, daß eine Kraftwagen-Reparatur-Innung ihre Lehrlinge selbst prüft und lohnt. Der heutige Tag sei daher ein Markstein aus dem Wege der Entwicklung unserer Automobilwirtschaft. Was 1883 Gottlieb Daimler und Eugen Benz konstruiert hätten, hätten Wissenschaftler und Ingenieure so weit ausgebaut, daß das schnell betriebene Fahrzeug einzig und allein der Kunst gehörte. Er bejubte die gewaltige Entwicklung in der Automobil-Industrie und das Hand-in-Hand-Arbeiten mit anderen Industriezweigen, besonders in der Entwicklung der Automobil-Reparaturwerkstätten und die Notwendigkeit der Gründung einer Innung. In treffender Form schilderte er die Arbeit eines Automobilfitters, an den hohe Ansprüchen gestellt würden und der heute ein Spezialist sei. Dresden sei wieder einmal bahnbrechend und die erste Stadt Deutschlands gewesen, in der man sich zu einer Innung zusammengeschlossen habe. Aber schon hätten Bauhen und Karlsruhe ihre eigenen Innungen, und in anderen Städten bereiteten sich die Innungen vor. In seinem Schlusswort betonte der Redner, daß man mehr Auferksamkeit auf den Nachwuchs an Qualitätsarbeiter legen müsse, denn nach Bedeutung der Lehrzeit gingen 80 Prozent von den ausgebildeten Kräften verloren, da sich diese als Fahrer verdängten. Besonders heraldische Worte galten den Herren des Prüfungsausschusses, an dessen Spitze Oswald Richter standen hätte. Die Prüfung hatten zwei mit sehr gut und zehn mit gut bestanden. Fünf Preise wurden noch für Werktücher, die von außer Arbeit zeugten, verteilt. Dann riefte er besonders heraldische Worte an die neuen Gesellen, ermahnte sie, da sie nun kein Mensch seien, das Selbstvertrauen nicht zu verlieren und sich durch eigene Kraft vorwärts zu bringen. Mit dem Wahnsinn: "Das erste Recht der Freiheit sei die Pflicht", gab Direktor Eisenhardt im Namen der Lehrmeister den neuen Gesellen ein Gesteck mit aus den Web und sprach daraufhin die Lehrlinge durch Handshake los.

Im Anschluß hieran begrüßte Obermeister Eisenhardt die neuen Lehrlinge, wies auf die Verantwortlichkeit in dem von ihnen erwählten Berufe hin und nahm sie als Lehrlinge in Pflicht. Damit hatte die Feier ihr Ende erreicht.

Unter den zahlreichen Ehrengästen bemerkte man Oberregierungsrat Dr. Neumann von der Kreishauptmannschaft, Regierungsrat Dr. Pisch und Hauptmann Thaler vom Polizeipräsidium, Dr. Jacoby von der Technischen Hochschule, Dr. Handrich vom Arbeitsamt der Stadt Dresden, Reichsantritts-Rühle und Major a. D. Eichler vom A. D. A. C., Major a. D. Seile vom Sächsischen Automobilclub, Direktor Bischmann-Berlin vom Deutschen Automobilhändler-Verband, sowie Vertreter der Kraftwagenformations der Reichswehr. Mit der Versprechung war auch eine Ausstellung der Lehrlingsarbeiten verbunden, der man großes Interesse entgegenbrachte.

Aus Dresdens Lichtspielhäusern.

Die Lichtspiele Freiberger Platz bringen in dieser Woche die Fortsetzung der mit grossem Erfolg begonnenen Militärfilm-Trilogie vom braven Soldaten Schweiss, der nach dem vielgeliebten Roman von Jaroslav Hašek für die weisse Leinwand zurechtgemacht worden ist. Der jetzt laufende zweite Teil (ein dritter wird die Abenteuer Schweiss' in der russischen Besatzungszeit behandeln) ist betitelt: "Der brave Soldat Schweiss an der Front" und steht sich gleich dem ersten als eine humoristische Bildererie von ganz unvergleichlicher Lustigkeit dar. Das Lustigste daran sind die lustigen Filmtexte von Paul Morgan. Im übrigen gilt das

über den ersten Teil bereits Berichtete: Der brave Soldat Schweiss, von Karl Noll mit viel natürlicher Komik verführt, ist ein blinder der Maske von gutmütiger Untermäßigkeit sich verdeckender tschechischer Frechdachs, dem nicht beaufkommen ist und der sich lächeln aus den schwierigsten Misserfolgen herauszuholen versucht. Bald als Postillon d'amour im Dienste seines Oberleutnants Lukas, bald als unermüdlicher Saufkumpf seines wiedergefundnen Freizeit Bobida, bald als erfahrener Strategie im Schlagabtausch und mitten im Granatenhagel kommt Schweiss immer mit einem blauen Auge davon, bis endlich eine feindliche Granate den schreiner unverwundbaren Helden gerade ins russische Lager hineinschleudert, mitten hinunter zwischen drei knallpiplende feindliche Offiziere, denen er sofort als Siebzig mit seinen Matzsägen zu dienen bereit ist. Dafür hat man freilich russische Schläge nicht das rechte Verständnis, sondern macht ihn kurzerhand zum Gefangenen. Die Regie Carl Lamack, der auch im zweiten Teil (wie im ersten) den Oberleutnant selbst gespielt, hat reichlich für Situationen gesorgt. Lustiges bringt auch das Beiprogramm, namentlich mit den beiden Grotesken: "Löwen im Laden" und "Da lachen die Hühner" (mit Monty Banks in der Hauptrolle).

— **Keine Vorbeerblätter.** Aus unserem Leckerkreise erhalten wir folgende Zuschrift: "In Nr. 140 vom 22. März 1928 finden sich die Notiz, daß der Militärverein Dr. Niederlöhnius beschlossen habe, in Zukunft bei entsprechenden Gelegenheiten keine Vorbeerblätter mehr zu verwenden in Abwehr der Drangalierung der Tiroler durch Italien, sondern nur Kränze aus deutschem Material (Eiche, Fichte, Alex) überzulegen. Da das Reich seiner Handelsverträge wegen nicht gegen Italien vorgehen kann, so empfiehlt es sich dringend, daß alle Vereine usw. dem Niederlöhnius' Beiprogramm folgen und eine umfassende Agitation in ganz Deutschland einleiten, da der einzelne nichts ausrichten kann. Durch die Bekanntmachung italienischer Pflanzen und Blumen sowie vieler anderer Gegenstände, die wir teils entbehren können, teils selbst herstellen, wobei ich nur an die große Entwicklung unserer Gärtnerreien erinnern will, bleiben Millionen im Lande und kommen unserem Volksgenosse zugute. Wir beweisen ferner den Tirolern unsere Sympathie und veranlassen vielleicht manchen Italiener zum Nachdenken darüber, ob ihr Vorhaben einer Kulturnation würdig ist."

40000 Stück Zigaretten gestohlen.

300 M. Belohnung.

In der vergangenen Nacht wurde auf dreiste Weise in den Lagerraum der Zigarettenfabrik von Greiling, Rossmarktstraße 1, eingebrochen. Dabei wurden 30000 Stück Zigaretten Marke Auslese und 5000 Stück Marke Schwarz-Weiß entwendet. Die Zigaretten befinden sich in Schachteln zu 25 Stück und sind offenbar mit einem Handwagen fortgebracht worden. Für die Wiederherstellung hat die geschädigte Firma obige Belohnung ausgesetzt.

* Leipzig. (Eine Liebestragödie.) Der Besitzer einer Aluminiumwarenfabrik, Braugisch, hat am Donnerstagmittag auf seine frühere Geliebte, eine 32 Jahre alte Angestellte seines, mehrere Revolverkugeln abgegeben und hat sie dadurch schwer verletzt. Dann hat er sich selbst durch einen Schuß in den Kopf getötet. Das Motiv zur Tat ist in verschwörerische Liebe zu suchen. Die Frau hatte sich gezeigt, den unheilbar kranken Mann zu heiraten und hatte ihre Zuneigung einem anderen Manne zugewendet, den der Fabrikant auf gütlichem Wege zu beseitigen suchte, was aber nicht gelungen ist.

— Waltersdorf a. d. Lausche. Der Leiter der hiesigen Handelskette, der Hauseigener Hermann Schmidt, feierte bei voller körperlicher und geistiger Frische seinen 90. Geburtstag. Der Greis ist heute noch am Bettstuhl tätig.

Chrenmeister Oskar Alahre, Bauhen †.

Baumgarten. Wie einem Teile der Presse schon kurz gemeldet, starb hier am 28. d. M. im 78. Lebensjahr stehend, der Buchbindervermeister Oskar Alahre, Chrenmeister des Bauhner Handwerks. Mit ihm ist ein weit über die Grenzen seiner Vaterstadt hinaus bekannte Vertreter des Handwerks dahingegangen. Nachdem Alahre das Buchbindenhandwerk erlernt hatte, trat er 1879 als Meister in die Bauhner Buchbindergewerbinng ein. Fröhlig wandte er sich der Verstärkung im öffentlichen Leben zu. 1887 wurde er in den Vorstand der Buchbindergewerbinng berufen, und 1890 zu deren Obermeister gewählt, welches Amt er bis jetzt inne hatte. Am 4. September 1890 trat er in den Vorstand des Innungsausschusses ein, 1904 wurde er dessen 1. Vorsitzender. 28 Jahre gehörte er dem sächsischen Innungsverbande an, der 1921 in den Landesausschuß für das sächsische Handwerk umgewandelt wurde. Im Jahre 1921 rief er mit weitreichigen Vertretern von Handel und Gewerbe die Bauhner Gewerbebank ins Leben. Dem Industriehof Gnathaus G. m. b. H. gehörte Alahre seit 1925 als Mitglied des Aufsichtsrates an, ebenso dem Vorstand des Innungsausschusses im Sächsischen Landesverbande für Buchbinden. Ueber 40 Jahre war er Mitglied des Gewerbevereins. Auch der Gewerbeamtmann in Bautzen hat er seit langen Jahren angehört, ebenso 27 Jahre dem Vorstand der Bauhner Ortskrankenkasse, derenstellvertretender Vorstand er war. Noch vor wenigen Jahren beteiligte er sich an der Gründung der Baugewerfschaft des Bauhner Handwerks und Gewerbes, die in eindrucklicher Entwicklung begriffen ist. Ferner schenkte er großes Interesse der Herberge zur Heimat, war Mitbegründer des Heims des Vereins für Gesundheitspflege und Vorsitzender der Bundesgruppe der Oberlausitzer Naturheilsvereine. Das Bauhner Innungshaus zeugt auch von seinem edlen Handwerkswissen. Von 1907 bis 1923 gehörte Alahre dem Bauhner Stadtverordnetenkollegium an. Mancher sozialer Antrag, mancher mildtätige Beschluss war seiner Initiative zu danken. In der Geschichte des sächsischen Handwerks wird sein Name immer als einer der besten genannt werden.

192. Sächsische Landeslotterie.

5. Klasse. Richtigung vom 30. März 1928. 28. und letzter Tag. (Ohne Gewähr.)

10000 Mark und Brämie 200000 Mark: 6688
5000 Mark: 4881
3000 Mark: 2046 72829 118156
2000 Mark: 4497 09208 29580 40170 68084 70673 88584 132638 140029
1000 Mark: 15417 55788 57646 63062 92125 100008 110866 122485
135074
500 Mark: 6050 10473 12407 12809 13807 17970 22724 22071 30244
38874 38883 48621 47251 40538 50000 58708 57770 57012 58744 58196
65878 60701 67088 75477 77806 83230 88588 91159 92798 101084 102041
10788 113086 114725 121447 122722 128900 138316 127801 144600 147504

Wasserstand der Elbe und ihrer Zuflüsse.

Roßmark	Moskau	Dresden	Neiße	Brandenburg	Elbe	Meiße	Elster	Wipper	Dresden
+ 25	- 16	+ 20	+ 24	+ 122	+ 89	+ 107	+ 85	- 8	
30. März	+ 60	- 23	+ 80	+ 73	+ 124	+ 108	+ 118	+ 107	- 62



Kaffee

das Pid. 2.60 3.20 3.60

4.00 4.40 4.60 4.80

Wetternachrichten aus Deutschland

vom 30. März 1928

Station 1 bis 5 von 7 Uhr morgens, übrige Stationen von 8 Uhr morgens

Station	Temperaturen			Wind	Wetter	Wol-	Schne-
	7 Uhr, morg.	höchste Tagess.	neige d. Nacht			Stärke (1-12)	Ühr. morg.
Dresden	+ 4	+ 9	+ 2	SSO	3	5	2
Weißer Hirsch	+ 3	+ 8	+ 1	SO	2	5	3
Neiße	+ 5	+ 10	+ 4	SO	3	5	4
Zittau-Hirsch.	+ 3	+ 8	- 2	SSW	1	4	02
Chemnitz	+ 4	+ 9	+ 1	SSO	3	5	3
Annaberg	+ 3	+ 6	+ 0	SSW	4	5	1
Fichtelberg	- 2	- 0	- 3	WSW	6	8	1
Brocken	- 1	- 0	- 3	SW	7	8	2
Hamburg	+ 5	?	+ 2	SO	4	5	2
Uachen	+ 9	+ 12	+ 4	SSW	6	3	2
Stettin	+ 4	+ 5	- 1	OSO	1	1	01
Danzig	+ 4	+ 6	+ 2	SSW	3	4	8
Berlin	+ 5	+ 7	+ 3	SW	1	5	4
Breslau	+ 6	+ 8	+ 1	SSW	2	1	02
Frankfurt	+ 8	+ 10	+ 5	SSW	4	3	4
München</td							

Seite 1,26, Doppel 1. Demgegenüber hatten Münzen zu verzögern:
S. oben 1,26, Nummer 5 und 29. März 1,26.

Chemnitzer Börse vom 30. März.

Durch die glatte Ueberwindung des Quarzabschlags angeregt, stand die Börse im Bereich eines lebhaften und umfangreichen Geschehens bei überwiegend steigenden Kurzen, die ihr höchstes Ausmaß mit 4,5% erreichten. Kleine Suchtdispositionen bildeten Ausnahmen und sie blieben vollkommen eindrucklos, da sie am weitesten nominal erfolgten. Viele Werte erlitten Kurssteigerungen bis zu 2%. Darüber hinaus wurden gezeigt die Aktien und Genußscheine von Schubert & Salzer mit je 8 und Max Roth bei größeren Umsätzen 4,5% höher. Auch im Freiwerkehr gab es bemerkenswerte Kurssteigerungen für Weißhauer Spinner und Sachsen Tuchfabrik.

Zwickauer Börse vom 30. März.

Durch die glatte Ueberwindung des Quarzabschlags angeregt, stand die Börse im Bereich eines lebhaften und umfangreichen Geschehens bei überwiegend steigenden Kurzen, die ihr höchstes Ausmaß mit 4,5% erreichten. Kleine Suchtdispositionen bildeten Ausnahmen und sie blieben vollkommen eindrucklos, da sie am weitesten nominal erfolgten. Viele Werte erlitten Kurssteigerungen bis zu 2%. Darüber hinaus wurden gezeigt die Aktien und Genußscheine von Schubert & Salzer mit je 8 und Max Roth bei größeren Umsätzen 4,5% höher. Auch im Freiwerkehr gab es bemerkenswerte Kurssteigerungen für Weißhauer Spinner und Sachsen Tuchfabrik.

	30. 3.	27. 3.
Oberhöhd. Konsd.-Fab.	121,0	120,0
Akkord. Zwischen-G.	150,0	150,0
Vereinbar., zu Zweck	150,0	150,0
Färberei Glashaus	—	—
Hornwerke A.-G.	108,0	108,0
Sachs. Wangenb. Werd	88,0	88,0
Schlesm. Papierf.	118,0	118,0
Zwick. Masch.-Fab.	—	—
	Ruhig	48,0

Amtlich notierte Devisenkurse

	30. März 1928	28. März 1928
in Berlin	Uhr	Uhr
Barcelona	je 100 Pt.	168,25
Buenos Aires	je 1 Peso	1,788
Brüssel-Antwerpen	je 100 Belg.	68,31
Norwegen	je 100 Kr.	111,51
Dänemark	je 100 Kr.	111,94
Schweden	je 100 Kr.	112,12
Heidelberg	je 100 Rm. MK.	10,615
Italien	je 100 Lire	22,075
London	je 1 Pf. Sterl.	20,381
New York	je 1 Dollar	4,178
Paris	je 100 Fr.	16,445
Schweiz	je 100 Fr.	80,445
Spanien	je 100 Pes.	70,38
Tokio	je 1 Yen	1,088
Rio de Janeiro	je 1 Milreis.	0,803
Wien	je 100 Sch.	28,47
Prag	je 100 Kr.	12,378
Jugoslawien	je 100 Dinar	7,448
Budapest	je 100 Pengo	7,87
Südamerikan.	je 100 Pesos	3,018
Portugal	je 100 Escudos	18,08
Danzig	je 100 Gulden	8,80
Konstantinopel	je 1 Piastr.	2,118
Athen	je 100 Drachmen	6,534
Kanada	je 1 Doll. kan.	4,181
Uruguay	je 1 Goldpeso	4,320

Berlin, 30. März. Oben d'vilen: Abzahlung Biskatch 2,924
618 2,580, Borlach 46,775 518 46,075, Rettowitz 40,50 bis 47, Bojen
46,775 518 46,925, Romno 41,51 518 41,68, Roten: Vozen, große
46,775 518 47,025, kleine 46,40 518 46,95, Bettland 80,70 bis 80,80, Ch-
land 111,40 bis 112,40.

Romburk, 30. März, 12 Uhr. Devisenkurse. Berlin
29,87, Bonn 12,12, Newp. 28,30, Paris 97,25, Belgien 34,01,
Genua 47,84, Italien 18,11, Madrid 41,88, Calea 66,28, Ropenhagen
66,34, Stockholm 66,00, Wien 34,92, Budapest 43,45, Prag 785,75,
Helsingfors 825.

Danzig, 30. März, 11,35 Uhr endl. Seit. Devisenkurse.
Neuport 48,125, Amsterdam 12,121, Paris 124,00, Gräffel 84,97 Br.,
Italien 92,40, Berlin 30,41,125, Schwed. 26,88,75, Spanien 28,95,
Kopenhagen 18,21,50, Stockholm 18,18,875, Oslo 18,28,75, Odense 112,
Helsingfors 18,21,50, Prag 184,68, Budapest 27,95,50, Belgrad 27, Sofia
67,4, Rumänien 28,74, Konstantinopel 268, Athen 368,50, Wien 34,09,
Barthian 48,47, Buenos Aires 47,81, Rio de Janeiro 50, Jofcham 1,11%,
Montevideo 50,75, tägliches Geld 3% bis 8% %, Privatdielen
4%, Urug.

Berlin, 30. März, 11,40 Uhr. Devisenkurse. Paris 20,48%,
London 25,81%, Neuport 510%, Belgien 72,45, Italien 27,42%,
Spanien 87,45, Holland 20,05, Berlin 124,12%, Wien 78,05, Stoc-
holm 189,40, Oslo 189,55, Kopenhagen 180,15, Sofia 375,5, Prag
15,85%, Warschau 58,25, Budapest 90,70, Belgrad 918%, Wien 680,
Konstantinopel 288%, Biskatch 824, Helsingfors 18,10, Privatdielen
8%, Buenos Aires 22,5%, Japan 247, Tägliches Geld 2% %, Praktikant
Monatslohn 22%, Dreimontalohnd 4%, Tendenz: Neig.

Roumanianische Devisenkurse vom 30. März. (Mitgeteilt von
der Deutschen Orientbank, Berlin, durch die Dresdner Bank, Dresden,
London 0,64, Paris 12,68, Mailand 9,58, Barlach 2,62,75, Brüssel
1,88, Neuport 50,75, Berlin 2,11,25, Amsterdam 19,75.

Römer Devisenkurse vom 29. März. (Mitgeteilt von der Deut-
schen Orientbank, Berlin, durch die Dresdner Bank, Dresden,
London 97,20, Berlin 4,78, Paris 0,78%, Brüssel 2,79,125, Mailand
1,03,50, Neuport 19,96, Prag 0,50,50.

Berliner Produktionskurse vom 30. März.

Die durchweg beschäftigten ausländischen Betriebe im Innen- und im Berliner Handel zu einer allgemeinen Belebung aus. Wenn auch eine größere Vorstufe in den Kaufaufträgen der Kunden wegen der anhaltenden Absatzmängel unverkennbar ist, so erfuhr doch das Niveau für höhere Preisentwicklungen eine Steigung von 1% für Juli, sogar von über 2%. Promptier Weizen wird umfangreich angeboten, doch ist wegen aller höheren Beforderungen sehr schwer unterzubringen. Trotzdem allein um Roggenmarkt von 20 Handelspartnern die Hälfte etwa unlieferbar war, eröffnete März unverändert. Am übrigen waren die Güten 1 M. höher. Hafer wird effektiv und seit gestern bezahlt. Gerste ruhig.

Amthliche Berliner Produktionspreise

	30. März	28. März	29. März
Wiesen, märk.	241-250	245-248	245-250
Get.	—	247,5	—
Mais	274,5-274	273-273	273-273
Zitrusfr.	254-33,5	252-281,75	252-281,75
Öst.	—	—	—
Obstg., märk.	250,-61	258-260	258-260
Gan.	—	270	—
Mais	262,-61,5	281	281
Zuli.	265,5-265	264	264
do	245-245	244-245	244-245
Ruhig	—	—	—

Wiesenmärkte: 31,-35 35,00 35,00 35,00

Getreide: 34,15-35,75 34,00-35,50

Hafermärkte: 17,00 17,00 17,00

Roggenmärkte: 17,00 17,00 17,00

Wiesenmärkte: 40,00-57,00 45,00-57,00

Getreide: 33,00-35,00 33,00-35,00

Hafermärkte: 25,00-27,00 25,00-27,00

Haferbohnen: 23,00-24,00 23,00-24,00

Haferbohnen: 24,00-25,00 24,00-25,00

Haferbohnen: 19,00-20,70 19,00-20,70

Haferbohnen: 19,00-20,70 19,00-20,70

Haferbohnen: 14,30-14,70 14,30-14,70

